

Beschluss zur Akkreditierung

der Studiengänge

- „Soziologie“ (B.A.)
- „Soziologie“ (M.A.)
- „Politikwissenschaft“ (B.A.)
- „Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik“ (M.A.)
- „Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung“ (M.A.)
- „Theorie und Vergleich politischer Systeme im Wandel“ (M.A.)

an der Universität Duisburg-Essen (Campus Duisburg)

Auf der Basis des Berichts der Gutachtergruppe und der Beratungen der Akkreditierungskommission in der 50. Sitzung vom 18./19.02.2013 spricht die Akkreditierungskommission folgende Entscheidungen aus:

1. Die Studiengänge „**Soziologie**“ und „**Politikwissenschaft**“ mit dem Abschluss „**Bachelor of Arts**“ sowie die Studiengänge „**Soziologie**“, „**Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung**“ sowie „**Theorie und Vergleich politischer Systeme im Wandel**“ mit dem Abschluss „**Master of Arts**“ an der **Universität Duisburg-Essen** werden unter Berücksichtigung der „Regeln des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen und für die Systemakkreditierung“ (Beschluss des Akkreditierungsrates vom 23.02.2012) mit einer Auflage akkreditiert.

Die Studiengänge entsprechen grundsätzlich den Kriterien des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen, den Anforderungen der Ländergemeinsamen Strukturvorgaben der Kultusministerkonferenz, den landesspezifischen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen sowie den Anforderungen des Qualifikationsrahmens für deutsche Hochschulabschlüsse in der aktuell gültigen Fassung. Die im Verfahren festgestellten Mängel sind durch die Hochschule innerhalb von neun Monaten behebbar.

2. Der Studiengang „**Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik**“ mit dem Abschluss „**Master of Arts**“ an der **Universität Duisburg-Essen** wird unter Berücksichtigung der „Regeln des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen und für die Systemakkreditierung“ (Beschluss des Akkreditierungsrates vom 23.02.2012) mit Auflagen akkreditiert.

Der Studiengang entspricht grundsätzlich den Kriterien des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen, den Anforderungen der Ländergemeinsamen Strukturvorgaben der Kultusministerkonferenz, den landesspezifischen Strukturvorgaben für die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen sowie den Anforderungen des Qualifikationsrahmens für deutsche Hochschulabschlüsse in der aktuell gültigen Fassung. Die im Verfahren festgestellten Mängel sind durch die Hochschule innerhalb von neun Monaten behebbar.

3. Bei allen Masterstudiengängen handelt es sich jeweils um **konsequente** Masterstudiengänge. Die Akkreditierungskommission stellt ein **stärker forschungsorientiertes Profil** fest.
4. Die Akkreditierung wird mit den unten genannten Auflagen verbunden. Die Auflagen sind umzusetzen. Die Umsetzung der Auflagen ist schriftlich zu dokumentieren und AQAS spätestens **bis zum 30.11.2013** anzuzeigen.
5. Die Akkreditierung für den Studiengang „**Theorie und Vergleich politischer Systeme im Wandel**“ wird für eine **Dauer von fünf Jahren** (unter Berücksichtigung des vollen zuletzt betroffenen Studienjahres) ausgesprochen und ist **gültig bis zum 30.09.2018**.
6. Die Akkreditierung für die unter 1. genannten Studiengänge wird für eine **Dauer von sieben Jahren** (unter Berücksichtigung des vollen zuletzt betroffenen Studienjahres) ausgesprochen und ist unter Anrechnung der vorläufigen Akkreditierung gemäß Beschluss der Akkreditierungskommission vom 20./21.08.2012 **gültig bis zum 30.09.2019**.

Zur weiteren Begründung dieser Entscheidungen verweist die Akkreditierungskommission auf das Gutachten, das diesem Beschluss als Anlage beiliegt.

Studiengangsübergreifende Auflage zu allen Studiengängen:

- I.1 Pro Modul ist in der Regel eine Prüfung vorzusehen. Ausnahmen sind stichhaltig zu begründen.

Auflagen zum Masterstudiengang „**Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik**“:

- II.1 Die im Studiengang vermittelten Schlüsselqualifikationen müssen in den Modulbeschreibungen dokumentiert werden.

Die Auflagen beziehen sich auf im Verfahren festgestellte Mängel hinsichtlich der Erfüllung der Kriterien des Akkreditierungsrates zur Akkreditierung von Studiengängen i. d. F. vom 23.02.2012.

Zur Weiterentwicklung der Studiengänge wird die folgende **Empfehlung** gegeben:

- III.1 Der Fachbereich sollte eigene Instrumente zur Absolventenbefragung entwickeln, um die Rückmeldung der Absolventinnen und Absolventen zu den Studiengängen besser für deren Weiterentwicklung nutzen zu können.

Zur Weiterentwicklung des Bachelorstudiengangs „**Soziologie**“ wird die folgende **Empfehlung** gegeben:

- IV.1 Zur weiteren Senkung der Abbrecherquoten sollten die Studierenden schon im ersten Semester auf die Anforderungen in Statistik hingewiesen werden.



Gutachten zur Akkreditierung

der Studiengänge

- **„Soziologie“ (B.A.)**
- **„Soziologie“ (M.A.)**
- **„Politikwissenschaft“ (B.A.)**
- **„Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik“ (M.A.)**
- **„Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung“ (M.A.)**
- **„Theorie und Vergleich politischer Systeme im Wandel“ (M.A.)**

an der Universität Duisburg-Essen (Campus Duisburg)

Begehung am 26.10.2012

Gutachtergruppe:

Prof. Dr. Martin Heidenreich	Universität Oldenburg Institut für Sozialwissenschaften
Prof. Dr. Rolf Kappel	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich Department Geistes-, Sozial- und Staatswissenschaften
Dr. Barbara Lippert	Stiftung Wissenschaft und Politik Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Berlin (Vertreterin der Berufspraxis)
Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli	Universität Koblenz-Landau Frank-Loeb-Institut (Beteiligung im schriftlichen Verfahren)
Steven Sello	Humboldt-Universität Berlin (studentischer Gutachter)
Koordination: Birgit Kraus	Geschäftsstelle von AQAS, Köln



AQAS

Agentur für Qualitätssicherung durch
Akkreditierung von
Studiengängen

Präambel

Gegenstand des Akkreditierungsverfahrens sind Bachelor- und Masterstudiengänge an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen. Die Akkreditierung von Bachelor- und Masterstudiengängen wird in den Ländergemeinsamen Strukturvorgaben der Kultusministerkonferenz verbindlich vorgeschrieben und in den einzelnen Hochschulgesetzen der Länder auf unterschiedliche Weise als Voraussetzung für die staatliche Genehmigung eingefordert.

Die Begutachtung der Studiengänge erfolgte unter Berücksichtigung der „Regeln des Akkreditierungsrates für die Akkreditierung von Studiengängen und für die Systemakkreditierung“ in der Fassung vom 23.02.2012.

1 Allgemeine Informationen

Die Universität Duisburg-Essen bietet rund 32.000 Studierenden aus 130 Nationen ein Fächerspektrum mit ca. 100 Bachelor- und Masterstudiengängen an. Das Forschungsspektrum der Hochschule umfasst nach eigenen Angaben fünf als Profilschwerpunkte definierte, fakultätsübergreifende Cluster, wobei die Schwerpunkte „Wandel von Gegenwartsgesellschaften“ und „Urbane Systeme und Metropolenforschung“ für die Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, an der alle Studiengänge angesiedelt sind, von besonderer Bedeutung sind.

Die Hochschule verfügt über ein Prorektorat für Diversity Management, das mit speziellen Initiativen und Maßnahmen die produktive Vielfalt der Studierenden sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als besondere Entwicklungschance betrachten und so zu mehr Bildungsgerechtigkeit und zur Exzellenzförderung beitragen soll.

Die Fakultät für Gesellschaftswissenschaften soll Studiengänge mit Spezialisierungsmöglichkeiten anbieten, die von der Analyse politischer Systeme über empirische Sozialforschung bis zur Vermittlung von Umfragetechniken reichen. Man bemüht sich nach eigener Aussage um eine interdisziplinäre Zusammenarbeit mit den Bildungswissenschaften und Wirtschaftswissenschaften sowie externen Partnern. Zur Fakultät gehören laut Antrag auch zwei reine Forschungsinstitute („Institut für Entwicklung und Frieden“, „Institut Arbeit und Qualifikation“). Zu weiteren Forschungsinstituten bestehen Verbindungen.

Das Informations- und Beratungszentrum (IBZ) der Gesellschaftswissenschaften soll die Administration der Auslandskontakte der Fakultät gewährleisten. Das Institut für Politikwissenschaft und das Institut für Soziologie verfügen laut Antrag über jeweils eine halbe wissenschaftliche Mitarbeiterstelle, die die jeweiligen Auslandskontakte fachbezogen betreuen. Die Bestrebungen der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften liegen im Ausbau der bisher vorhandenen internationalen Kooperationen. Im Masterstudiengang „Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik“ ist ein achtwöchiger Auslandsaufenthalt vorgesehen.

Die Qualifikation für das Studium in den Bachelorstudiengängen „Politikwissenschaft“ und „Soziologie“ wird durch die Hochschulreife (allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife) oder ein als gleichwertig anerkanntes Zeugnis erworben. Da ein großer Teil der fachspezifischen Literatur in englischer Sprache vorliegen soll, werden gute Englischkenntnisse empfohlen.

Für den Masterstudiengang „Soziologie“ wird ein Bachelorabschluss in Soziologie oder Sozialwissenschaften vorausgesetzt, gute Englischkenntnisse werden laut Antrag dringend empfohlen. Die Bewerbungen bzw. Zeugnisse von Studierenden, die ihren Bachelorabschluss nicht an der Universität Duisburg-Essen erworben haben, werden vom Prüfungsausschuss für den Masterstudiengang „Soziologie“ auf Äquivalenz geprüft. Bachelorabsolventinnen und -absolventen mit einem Notendurchschnitt von 2,5 oder besser sind automatisch qualifiziert.

Voraussetzung für die Zulassung zum Masterstudiengang „Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik“ bzw. zum Masterstudiengang „Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung“ sowie zum Masterstudiengang „Theorie und Vergleich politischer Systeme im Wandel“ ist ein Abschluss im Bachelorstudiengang „Politikwissenschaft“ an der Universität Duisburg-Essen oder ein als gleichwertig anerkannter Abschluss.

Für den Masterstudiengang „Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik“ sind zusätzlich sehr gute Englischkenntnisse nötig, da eine Vielzahl der Lehrveranstaltungen nur in englischer Sprache angeboten wird. Für den Masterstudiengang „Theorie und Vergleich politischer Systeme im Wandel“ sind nach Angaben der Hochschule in bestimmten für den Studiengang besonders einschlägigen Bereichen eine Mindestzahl an CP notwendig; zudem werden gute Englischkenntnisse vorausgesetzt.

Geschlechtergerechtigkeit ist laut Antrag zentrales Ziel der Hochschule. So sind eigenen Angaben zufolge genderorientierte Ziele und Maßnahmen im „Rahmenplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern an der Universität Duisburg-Essen“ von November 2005 sowie im Gleichstellungskonzept für das Professor/innenprogramm 2008 verankert und im Hochschulentwicklungsplan (2009 – 2014) festgelegt. Die systematische Integration von Gender-Aspekten in Studium und Lehre soll neben den drei Genderforschungsprofessuren und dem Essener Kolleg für Geschlechterforschung insbesondere durch das Zentrum für Hochschul- und Qualitätsentwicklung weiterentwickelt werden. Das Gender-Internetportal unterstützt laut Antrag die Fakultäten bei der Integration von Gender-Aspekten in Studium und Lehre. Auch die Fakultät für Gesellschaftswissenschaften der Universität Duisburg-Essen hat sich die Gleichstellung von Frauen und Männern zum Ziel gesetzt. Seit dem Wintersemester 2001/02 sind laut Antrag regelmäßig Frauenförderprogramme in der Fakultät durchgeführt worden.

2 Bachelorstudiengang Soziologie

2.1 Profil und Ziele

Der Bachelorstudiengang des Instituts für Soziologie will den Studierenden fachliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden auf universitärem Niveau vermitteln, die sie zu wissenschaftlichem Arbeiten und kritischer Gesellschaftsanalyse ebenso wie zu sozialem Handeln befähigen und auf die moderne, durch stetigen Wandel gekennzeichnete Arbeitswelt vorbereiten sollen. Die Absolventinnen und Absolventen sollen die für den Übergang in die Berufspraxis und in weiterführenden Studiengängen notwendigen vertieften Fachkenntnisse verfügen, einen Überblick über die Zusammenhänge ihres Faches haben und wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anwenden können. Darüber hinaus sollen sie inter- und transdisziplinäre Verbindungen zu anderen Studienfächern, insbesondere der Politikwissenschaft, herstellen können. Diese Transferleistungen sollen auch durch das gemeinsame erste Studienjahr der Bachelorstudiengänge „Soziologie“ und „Politikwissenschaft“ ermöglicht werden. Dort sollen die Grundlagen für das sozialwissenschaftliche Studium sowie die interdisziplinären Berührungspunkte und Zusammenhänge in allen wichtigen Bereichen vermittelt werden. Das gesamte Studium will allgemeine sozialwissenschaftliche bzw. insbesondere soziologische Grundlagen gewährleisten. Die Kompetenzbereiche des Instituts sollen mit einbezogen werden.

Nach dem gemeinsamen Studienjahr mit dem Bachelorstudiengang „Politikwissenschaft“ soll der Studiengang disziplinär weitergeführt werden. Im zweiten Studienjahr sollen vor allem die Inhalte im Mittelpunkt stehen, die weitere Grundlagen des Faches vermitteln, sowie einzelne thematische Schwerpunkte, die das spezifische Profil des Instituts für Soziologie an der Universität Duisburg-Essen prägen.

Zusätzlich zu den fachspezifischen Inhalten sollen den Studierenden im Schlüsselqualifikationen vermittelt werden: Sie sollen in ihrer Urteils- Ausdrucks-, Kommunikations- und Teamfähigkeit gefördert werden, in Präsentationstechniken trainiert werden und IT-Kompetenzen erwerben. Das Ergänzungsmodul „studium liberale“ stellt ein fachübergreifendes und interdisziplinäres Element dar. Ein sechswöchiges Pflichtpraktikum soll die Anwendung und Vertiefung des erworbenen Wissens in der Berufspraxis und das Sammeln von Berufserfahrung in Praxisfeldern der Soziologie ermöglichen. Auch das Studium als solches mit seinen unterschiedlichen Lern- und Prüfungsformen soll in den nicht-fachwissenschaftlichen Kompetenzen schulen.

Der Studiengang wurde nach Angaben der Hochschule in den letzten Jahren dahingehend verändert, dass sowohl die Prüfungslast reduziert ist als auch die Wahlmöglichkeiten verbessert worden sind – insbesondere auch durch ein größeres Seminarangebot. Im Rahmen der Reakkreditierung sollen diese Verbesserungen ausgebaut werden. So soll nun bereits im zweiten Semester ein weiteres Seminar angeboten werden, in dem die Studierenden ihre individuellen Interessen in kleineren Gruppen entwickeln können. Die Schwerpunktwahl soll nun im fünften Semester erfolgen.

Durch die Vermittlung breiterer sozialwissenschaftlicher Kompetenzen zu Studienbeginn und anschließender Konzentration auf die Soziologie sollen sich den Studierenden individuelle Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen.

Bewertung

Die Konzeption des Studienprogramms orientiert sich an von der Hochschule definierten Qualifikationszielen. Diese beinhalten fachliche und überfachliche Aspekte. Das Studienprogramm zielt eine wissenschaftliche Befähigung.

Die enge Verknüpfung mit dem Bachelorstudiengang „Politikwissenschaft“, die Verankerung von Schlüsselqualifikationen im Studiengang sowie das obligatorische Praktikum gewährleisten, dass die Studierenden „über den Tellerrand“ ihres Studiengangs blicken. Durch das Studienprogramm werden somit die Persönlichkeitsentwicklung und die Befähigung zum zivilgesellschaftlichen Engagement gefördert.

Die Zugangsvoraussetzungen sind transparent formuliert, dokumentiert und veröffentlicht. Sie sind so gestaltet, dass die Studierenden die Anforderungen, die im Studienprogramm gestellt werden, erfüllen können.

Die Universität Duisburg-Essen besitzt Konzepte zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit, die auf das Studienprogramm Anwendung finden. Hervorzuheben ist hier die Tatsache, dass eine institutionelle Verankerung sowohl auf Hochschul- als auch auf Fakultätsebene vorhanden ist. Besonderes Augenmerk legt die Hochschule auf die Betreuung von Studierenden in besonderen Lebenslagen. Viele Studierende an der Universität Duisburg-Essen verfügen über einen Migrationshintergrund bzw. absolvieren als erste in ihrer Familie ein Studium. Auf Hochschulleitungsebene wurde ein Prorektorat Diversity Management eingerichtet, die Fakultät hat sich dieses Themas vor allem in der Beratung angenommen. Dazu wird in Abschnitt 8 noch mehr gesagt.

2.2 Qualität des Curriculums

Folgende Module werden laut Antrag studiert: Einführung in die Sozialwissenschaften, Statistik und Methoden, Einführungen in das Studium und Arbeitstechniken der Soziologie, Sozialstruktur, Sozialordnung und politisches System Deutschlands, Sprach- und weitere Schlüsselqualifikation, Vertiefende Methodenausbildung, Soziologische Theorien, Sozialstrukturanalyse und soziale Ungleichheit, Spezielle Soziologien, Soziolog/innen in der beruflichen Praxis, Studium liberale, Allgemeine Soziologie, Duisburg-Essener Profil der Soziologie, Spezialisierung im Rahmen des Duisburg-Essener Profils.

Bestandteil des Studiums ist zudem ein mindestens sechswöchiges Pflichtpraktikum. Als Mobilitätsfenster für den Bachelorstudiengang gilt das fünfte Fachsemester, hier wird mithilfe von Prüfungsausschussvorsitzenden, Studienberatung und Erasmuskoordination nach Angaben der Hochschule eine Anrechnung im Ausland erworbener CP ermöglicht.

Bewertung

Das Curriculum ist so konzipiert, dass durch die Kombination der vorgesehenen Module die von der Hochschule definierten Qualifikationsziele des Studienprogramms erreicht werden können. Das erste Studienjahr findet gemeinsam mit der Politikwissenschaft statt. Dieses gemeinsame Studienjahr ermöglicht beiden Studierendengruppen eine umfassende und breit angelegte Einführung in beide Disziplinen.

Durch das Programm werden Fachwissen und fachübergreifendes Wissen sowie fachliche, methodische und generische Kompetenzen vermittelt. Positiv hervorgehoben werden können insbesondere die breiten methodischen, theoretischen und sozialstrukturellen Kompetenzen, die ein solides Fundament für die anschließenden Spezialisierungen bilden. Das Curriculum entspricht damit den Anforderungen, die im „Qualifikationsrahmen für deutsche Hochschulabschlüsse“ für das Bachelorniveau definiert werden.

Die Module sind im Modulhandbuch dokumentiert. Es erfolgt eine regelmäßige Aktualisierung des Modulhandbuchs. Das jeweils aktuelle Modulhandbuch ist den Studierenden zugänglich.

Die Gutachterin und die Gutachter begrüßen, dass das 5. Semester als Auslandsemester genutzt werden kann.

3 Masterstudiengang Soziologie

3.1 Profil und Ziele

Der Masterstudiengang „Soziologie“ vereint die drei Schwerpunkte „Arbeit, Beruf und Organisation“, „Gesellschaftsvergleich“ und „Empirische Sozialforschung“ miteinander. Im Zuge der Reakkreditierung ist geplant, fünf Wahlschwerpunkte einzurichten.

Der Studiengang hat das Ziel, den Studierenden die erforderlichen Kompetenzen zu eigenständiger Forschung in der Soziologie zu vermitteln – und damit die Fähigkeit, eigenständige Forschungsarbeiten im Rahmen späterer beruflicher Tätigkeiten durchführen sowie Forschung Dritter kompetent bewerten zu können. Es soll eine allgemeine vertiefende soziologische Ausbildung erfolgen, die laut Antrag den Weg in alle zukünftigen soziologischen Arbeitsbereiche und Forschung ebnet. Folgende Wahlschwerpunkte sollen angeboten werden:

Der Schwerpunkt „Organisation, Arbeit, Beruf“ will die Forschungs- und Lehrgebiete der Sozialstrukturanalyse und der Arbeits-, Betriebs- und Organisationssoziologie miteinander verbinden. Im Mittelpunkt steht die Frage nach der Bedeutung von Organisationen und deren internen Strukturen und Entscheidungsprozessen für die Allokation sozialer Positionen, die Distribution sozialer Güter, den Wandel von Norm- und Wertvorstellungen sowie die Gestaltung sozialer Beziehungen und der individuellen Lebensverläufe und -vollzüge.

Der Studienschwerpunkt „Fortgeschrittene Sozialwissenschaftliche Forschungsmethoden“ soll an den Forschungsschwerpunkt „Methoden der empirischen Sozialforschung“ anknüpfen und will die Methoden der Datenerhebung und der Umfrageforschung sowie der statistischen Datenanalyse und Modellierung vertiefen. Im Bereich der Datenanalyse entspricht dem die Anwendung komplexer statistischer Analyseverfahren zur vergleichenden Analyse von Quer- und Längsschnittdaten sowie die Mehrebenenanalyse, um die auf nationaler und internationaler Ebene verfügbaren Daten der empirischen Wirtschafts- und Sozialforschung sowie der amtlichen Statistik angemessen

bearbeiten zu können. Im Bereich der Datenerhebung soll die Umfrageforschung im Mittelpunkt stehen.

Der Studienschwerpunkt „Gesellschaftsvergleich“ (Comparative Sociology) soll sich der historischen und vergleichenden Analyse gegenwartsnaher Veränderungen in den sozialen Strukturen, sozialen Institutionen sowie der sozialen Organisation zuwenden. Dieser Schwerpunkt hat sich laut Antrag das Ziel gesetzt, die Fähigkeiten zu einer umfassenden vergleichenden und empirischen Analyse von Veränderungen im post-industriellen Beschäftigungssystem und Wohlfahrtsstaat zu vermitteln. Dabei steht insbesondere die historische institutionelle Analyse im Vordergrund.

Im Studienschwerpunkt „Soziale Ungleichheit, Lebensformen, Geschlecht“ sollen das Ausmaß, die Entwicklung sowie die Ursachen sozialer Integration in unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen analysiert werden. Ferner soll eine Auseinandersetzung mit den sich daraus ergebenden Konsequenzen und Optionen für die sozial- und wirtschaftspolitische Praxis erfolgen. Weiterhin sollen die Studierenden lernen, soziale Tatbestände in ihrer Prozesshaftigkeit zu erkennen und zu analysieren. Besonderes Interesse gilt dabei den Interdependenzen individueller Lebensläufe im Kontext von Familie und privatem Haushalt.

Der Studienschwerpunkt „Theorie moderner Gesellschaft“ hat laut Antrag die Gesamtsicht auf Gesellschaftsformationen zum Gegenstand. Im Mittelpunkt des Studienschwerpunktes stehen die Analyse derjenigen Gesellschaftsformationen, die sich im Zuge der Entstehung der Moderne herausgebildet haben, und die Diagnose ihrer Weiterentwicklung.

In allen Studienrichtungen sollen die Inhalte im Rahmen von schwerpunktübergreifenden, gemeinsamen Lehrforschungsprojekten und in einer Forschungswerkstatt, in denen die Studierenden Aufgaben in Drittmittelprojekten übernehmen, erprobt und angewendet werden. Dadurch soll sich nicht nur ein Studium mit vielen Wahloptionen, sondern auch eine breit gefächerte Kompetenzentwicklung in unterschiedlichen Forschungszusammenhängen und Schreibprojekten ergeben. Die Studierenden sollen damit für eine Palette von Berufsfeldern qualifiziert werden.

Bewertung

Die Konzeption des Studienprogramms orientiert sich an von der Hochschule definierten Qualifikationszielen. Diese beinhalten fachliche und überfachliche Aspekte. Das Studienprogramm zielt auf eine wissenschaftliche Befähigung.

Die obigen fünf Studienschwerpunkte kombinieren auf überzeugende Weise die spezifischen Kompetenzen und Forschungsinteressen der in Duisburg-Essen tätigen Lehrenden. Sie sind daher ein überzeugendes Angebot für die Studierenden. Den vorgelegten Unterlagen war zu entnehmen, dass die Übergangsquoten vom Bachelor- in den Masterstudiengang zunächst sehr niedrig waren. Gemeinsam mit den niedrigen Studierendenzahlen im Masterstudiengang „Soziologie“ begründete dies die Befürchtung eines zu stark ausdifferenzierten Angebots. Diese Befürchtung konnte jedoch vor Ort entkräftet werden, da nach Angaben der Verantwortlichen zum einen jeder Schwerpunkt von mindestens zwei Professuren getragen wird und sich die Anfängerzahlen 2012 zum anderen deutlich erhöht haben. Das weiterentwickelte Profil ist also sowohl für die eigenen Absolventinnen und Absolventen als auch für Externe attraktiv. Die Studierenden hoben explizit das gute Klima in Duisburg und die jederzeitige Ansprechbarkeit der Professorinnen und Professoren hervor.

Durch das Studienprogramm werden die Persönlichkeitsentwicklung und die Befähigung zum zivilgesellschaftlichen Engagement gefördert. Positiv wird auch das nunmehr breite englischsprachige Lehrangebot hervorgehoben, da einige der Professorinnen und Professoren (quasi) *native speaker* sind.

Die Zugangsvoraussetzungen sind transparent formuliert, dokumentiert und veröffentlicht. Sie sind so gestaltet, dass die Studierenden die Anforderungen, die im Studienprogramm gestellt werden, erfüllen können. Zum Erfolg des Masterstudiengangs „Soziologie“ trug auch die Entscheidung bei, Studierende auch im Sommersemester zuzulassen.

Die Universität Duisburg-Essen besitzt Konzepte zur Geschlechtergerechtigkeit und zur Förderung der Chancengleichheit von Studierenden, die auf das Studienprogramm Anwendung finden. Die in Abschnitt 2 gemachten Anmerkungen sind auf diesen Studiengang zu übertragen.

3.2 Qualität des Curriculums

Folgende Module sollen die Studierenden belegen: Forschungsansätze in der empirischen Soziologie, Methoden der empirischen Soziologie, ein Lehrforschungsprojekt, Wissenschaftstheorie, zwei Schwerpunktmodule sowie die Forschungswerkstatt. Gesellschaftsvergleich und Transnationalisierung, Soziale Ungleichheit, Lebensformen, Geschlecht sowie Theorie moderner Gesellschaften.

Bewertung

Das Curriculum ist so konzipiert, dass durch die Kombination der vorgesehenen Module die von der Hochschule definierten Qualifikationsziele des Studienprogramms erreicht werden können. Durch das breite methodische Angebot (multivariate Datenanalyse, Längsschnittdaten, qualitative Methoden etc.) und die fünf Studienschwerpunkte wird ein ansprechendes und berufsqualifizierendes Angebot von Lehrveranstaltungen sichergestellt. Sehr begrüßt wird auch die Ausrichtung des Masterstudiengangs auf die Forschungspraxis, die durch das Angebot einer Forschungswerkstatt und die enge Kooperation mit benachbarten Instituten (Institut für Arbeit und Qualifikation, Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung, KWI Essen etc.) flankiert wird. Das Curriculum entspricht damit den Anforderungen, die im „Qualifikationsrahmen für deutsche Hochschulabschlüsse“ für das Masterniveau definiert werden.

Die Module sind vollständig im Modulhandbuch dokumentiert. Es erfolgt eine regelmäßige Aktualisierung des Modulhandbuchs. Das jeweils aktuelle Modulhandbuch ist den Studierenden zugänglich.

Die Gutachterin und die Gutachter begrüßen die Ausweisung des vierten Semesters als Mobilitätsfenster.

4 Bachelorstudiengang Politikwissenschaft

4.1 Profil und Ziele

Der Bachelorstudiengang „Politikwissenschaft“ will den Studierenden auf Universitätsniveau und unter Berücksichtigung der Anforderungen und Veränderungen der modernen Berufswelt die erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden vermitteln, die sie zu wissenschaftlicher Arbeit, zur kritischen Einordnung wissenschaftlicher Erkenntnisse und zu verantwortlichem Handeln in demokratischen Gesellschaften befähigen. Die Absolventinnen und Absolventen sollen die für den Übergang in die Berufspraxis und in einen einschlägigen Masterstudiengang notwendigen Fachkenntnisse der Politikwissenschaft besitzen, die Zusammenhänge ihres Faches überblicken und in der Lage sein, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse eigenständig in Bezug auf sozialwissenschaftliche Themen anzuwenden. Darüber hinaus sollen sie inter- und transdisziplinäre Verbindungen zu anderen Studienfächern, insbesondere der Soziologie, herstellen können.

Das Studium will allgemeine sozialwissenschaftliche Grundlagen mit den Kompetenzbereichen des Instituts für Politikwissenschaft verbinden. In Kooperation mit dem Fach Soziologie soll im

ersten Studienjahr ein Überblick über Befunde der Sozialwissenschaften vermittelt werden; im zweiten und dritten Studienjahr soll der Bachelorstudiengang allein vom Institut für Politikwissenschaft getragen werden. Dort stehen vor allem folgende Themenschwerpunkte in den Aufbaumodulen im Mittelpunkt: Entwicklungspolitik, Entwicklungstheorien und Global Governance; Regional Governance in Europa, Afrika und Ostasien; Verwaltungswissenschaft und Public Policy, E-Democracy und E-Governance; Vergleichende Politikwissenschaft; Politikmanagement, Politikvermittlung und politische Steuerung.

Zusätzlich zu den fachspezifischen Inhalten sollen den Studierenden Schlüsselqualifikationen vermittelt werden: Sie sollen in ihrer Urteils-, Ausdrucks-, Kommunikations- und Teamfähigkeit gefördert werden, in Präsentationstechniken trainiert werden und IT-Kompetenzen erwerben. Darauf soll insbesondere das Ergänzungsmodul „Allgemeinbildende Grundlagen“ mit der „Einführung in das Studium und die Arbeitstechniken der Politikwissenschaft“ bereits zu Beginn des Studiums hinarbeiten. Das Ergänzungsmodul „studium liberale“ stellt ein fachübergreifendes und interdisziplinäres Element dar. Ein sechswöchiges Pflichtpraktikum soll die Anwendung und Vertiefung des erworbenen Wissens in der Berufspraxis und das Sammeln von Berufserfahrung in Praxisfeldern der Politikwissenschaft ermöglichen.

Gegenüber dem ursprünglich akkreditierten Studiengang wurden laut Antrag im Studienverlauf Veränderungen der Modularisierung und des Studienverlaufs vorgenommen: Die Basis- und Methodenmodule wurden auf zentrale Ausbildungskomponenten – Einführung in die Sozialwissenschaften, Methoden der empirischen Sozialforschung und Statistik für Politikwissenschaftler, Sozialstruktur und politisches System Deutschlands sowie Einführung in die Theorien der Politik – fokussiert. Diese Module sollen an vorhandenes Wissen der Studierenden anknüpfen und sie später befähigen, in den daran gezielt anschließenden Aufbaumodulen nach den Gepflogenheiten wissenschaftlichen Arbeitens vertiefende Erkenntnisse in Teildisziplinen des Fachs (Politische Theorie, Methoden, Innenpolitik und politisches System der Bundesrepublik Deutschland, Vergleichende Politikwissenschaft, Außenpolitik und Internationale Beziehungen) zu erzielen.

Bewertung

Die Konzeption des Studienprogramms orientiert sich an von der Hochschule definierten Qualifikationszielen. Diese beinhalten fachliche und überfachliche Aspekte. Das Studienprogramm zielt auf eine wissenschaftliche Befähigung.

Die enge Verknüpfung mit dem Bachelorstudiengang „Soziologie“, die Verankerung von Schlüsselqualifikationen im Studiengang sowie das obligatorische Praktikum gewährleisten, dass die Studierenden „über den Tellerrand“ ihres Studiengangs blicken. Durch das Studienprogramm werden somit die Persönlichkeitsentwicklung und die Befähigung zum zivilgesellschaftlichen Engagement gefördert.

Die Zugangsvoraussetzungen sind transparent formuliert, dokumentiert und veröffentlicht. Sie sind so gestaltet, dass die Studierenden die Anforderungen, die im Studienprogramm gestellt werden, erfüllen können.

Die Universität Duisburg-Essen besitzt Konzepte zur Geschlechtergerechtigkeit und zur Förderung der Chancengleichheit von Studierenden, die auf das Studienprogramm Anwendung finden. Die in Abschnitt 2 gemachten Anmerkungen sind auf diesen Studiengang zu übertragen.

4.2 Qualität des Curriculums

Folgende Module sollen belegt werden: Methoden der empirischen Sozialforschung, Einführung in die Sozialwissenschaften, Studium Liberale, Allgemeinbildende Grundlagen, Statistik für Politikwissenschaftler, Sozialstruktur, Sozialordnung und politisches System Deutschlands, Einführung in die Theorien der Politik, Methodenanwendung in Praxisfeldern, mehrere Aufbaumodule, ein Modul Schlüsselqualifikationen sowie ein Wahlpflichtmodul. Ein mindestens sechswöchiges Praktikum ist nach Angaben der Hochschule obligatorisch. Das fünfte Fachsemester ist als Mobilitätsfenster vorgesehen, in welchem die Studierenden idealtypisch die Möglichkeit eines Auslandsaufenthaltes wahrnehmen können.

Bewertung

Das Curriculum ist so konzipiert, dass durch die Kombination der vorgesehenen Module die von der Hochschule definierten Qualifikationsziele des Studienprogramms erreicht werden können.

Mit dem vorliegenden Programm wird den Studierenden ein ausgewogenes Angebot gemacht, das alle wesentlichen Elemente eines politikwissenschaftlichen Studiengangs enthält. Die Studierenden erhalten eine solide Basis, auf die sie bei künftigen Bildungsstationen, etwa im Rahmen der hausinternen Masterstudiengänge zurückgreifen können. Gleichzeitig können die Studierenden durch Spezialisierungsmöglichkeiten eigene Akzente setzen.

Wie schon erwähnt, ist das gemeinsame erste Semester mit dem Bachelorstudiengang „Soziologie“ ein besonderes Merkmal des Studiengangs „Politikwissenschaft“. Die Studierenden erhalten nicht nur eine umfassende Einführung in sozialwissenschaftliches Arbeiten, sondern profitieren auch von einer im Curriculum verankerten Orientierungsmöglichkeit für ihr weiteres Studium, das ihnen die Wahl gibt, entweder den ursprünglich gewählten Studiengang – Soziologie oder Politikwissenschaft – fortzusetzen oder das Studium im jeweils anderen Fach weiterzuführen.

Durch das Programm werden Fachwissen und fachübergreifendes Wissen sowie fachliche, methodische und generische Kompetenzen vermittelt. Deren Erwerb wird durch das profunde und solide konzipierte Curriculum sowie durch die Verankerung von Schlüsselqualifikationen gewährleistet. Auch für diesen Studiengang ist das Pflichtpraktikum besonders zu würdigen. Das Curriculum entspricht damit den Anforderungen, die im „Qualifikationsrahmen für deutsche Hochschulabschlüsse“ für das Bachelorniveau definiert werden.

Die Module sind im Modulhandbuch dokumentiert. Es erfolgt eine regelmäßige Aktualisierung des Modulhandbuchs. Das jeweils aktuelle Modulhandbuch ist den Studierenden zugänglich.

Die Gutachterin und die Gutachter begrüßen auch für diesen Studiengang, dass das 5. Semester als Auslandsemester genutzt werden kann.

5 Masterstudiengang Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik

5.1 Profil und Ziele

Der Masterstudiengang „Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik“ (IBEP) will eine fundierte theoretische und empirische Ausbildung im Fachgebiet Internationale Beziehungen (IB) mit einer inhaltlichen Vertiefung im Teilgebiet der Entwicklungspolitik (EP) bei gleichzeitiger regionaler Vertiefung in drei ausgewählten Weltregionen verbinden. Der Studiengang legt laut Antrag besonderes Augenmerk auf Theorien von Global Governance, Friedens- und Konfliktforschung, die Nord-Süd-Beziehungen sowie die entwicklungspolitische Praxis.

Der Studiengang ist auf drei Weltregionen orientiert: Ostasien (insbesondere China), Europa und Sub-Sahara Afrika. Die Konzentration der Ausbildung auf diese Regionen soll einen praxis- und anwendungsbezogenen Zugang zu entwicklungspolitischen Fragestellungen erlauben. Vor dem Hintergrund der steigenden Nachfrage nach interkultureller Kompetenz in den einschlägigen Dis-

ziplinen der Sozialwissenschaften wie auch in der Entwicklungszusammenarbeit sollen die Absolventinnen und Absolventen daher mit profunden Kenntnissen über die genannten Regionen ausgestattet sein. Diese gezielte Kombination von politik- und regionalwissenschaftlicher Expertise soll den Studierenden die wissenschaftlichen Kompetenzen für das Fachgebiet Internationale Beziehungen vermitteln, die sie sowohl für eine weitere wissenschaftliche Tätigkeit als auch für die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit unmittelbar nutzen können. Die gegenstands- und zeitnahe Komponente soll durch einen mindestens achtwöchigen Auslandsaufenthalt gefördert werden, der dem Erwerb praxisbezogener Kompetenzen im Bereich der internationalen Politik, der Entwicklungspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit dienen soll. Ein Großteil der Lehrveranstaltungen wird in Englisch abgehalten, so dass einerseits ausländischen Studierenden die Teilnahme ermöglicht wird und andererseits deutschsprachige Studierende fremdsprachliche Kompetenzen vertiefen, die für die Arbeit im Bereich Internationale Beziehungen/Entwicklungspolitik unverzichtbar sind.

Neben der engen Anbindung an das Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) profitiert der regionale Schwerpunkt Ostasien des Studiengangs vom 1994 gegründeten Institut für Ostasienwissenschaften (InEAST), das gegenwartsbezogene Forschung und Lehre zu Ostasien inklusive Sprachausbildung in Japanisch und Chinesisch betreibt.

Als konsekutiver politikwissenschaftlicher Studiengang will der Masterstudiengang bestehende Fähigkeiten und Kompetenzen der Studierenden sowohl im Hinblick auf anwendungs- als auch forschungsorientiertes Wissen und Verstehen ausbauen. Das Vorhandensein entsprechender Kompetenzen wird laut Antrag im Rahmen der Eignungsfeststellung überprüft. Zugleich will der Studiengang den Studierenden wichtige zusätzliche Kompetenzen vermitteln, die sich in inhaltlicher Sicht auf die Fähigkeit beziehen, die Funktionsweise und Strukturen unterschiedlicher internationaler Politikfelder zu bestimmen und die jeweiligen Rollen und Interessen staatlicher und gesellschaftlicher Akteure, internationaler und regionaler Organisationen in diesen Politikfeldern und in ihrem regionalspezifischen Kontext einordnen zu können. Durch die Streuung unterschiedlicher inhaltlicher Angebote, aufgrund unterschiedlicher didaktischer Formate und zweisprachiger Lehrveranstaltungen wie auch durch den obligatorischen Auslandsaufenthalt sollen Absolventinnen und Absolventen unterschiedliche instrumentale, kommunikative, insbesondere aber auch systemische Kompetenzen erwerben. Neben den inhaltlichen und berufspraktischen Lerneffekten des Studienprogramms wird auch von der Interaktion mit den z. T. ausländischen Studierenden der anderen Masterprogramme am Institut nicht unerheblicher Nutzen im Hinblick auf die Einübung von Partizipation, Transparenz und zivilgesellschaftlicher Beteiligung erwartet.

Die Absolventinnen und Absolventen sollen nach einem erfolgreichen Abschluss über die relevanten Kompetenzen für die wissenschaftliche und praktische Arbeit im Bereich der internationalen Politik, der Entwicklungspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit verfügen. Zudem soll der Studiengang auch auf den Einstieg in die Promotion vorbereiten.

Bewertung

Die Konzeption des Studienprogramms orientiert sich an von der Hochschule definierten Qualifikationszielen. Diese beinhalten sowohl fachliche als auch überfachliche Aspekte. Die fachlichen Aspekte zielen auf die akademische Ausbildung zur praktischen und wissenschaftlichen Arbeit in den Bereichen Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit ab. Dieses Ziel wird durch die akademische Vermittlung von theoretischen, methodischen und empirischen Kenntnissen sowie die Praxiserfahrung in einem beruflichen Auslandsaufenthalt erreicht. Überfachliche Qualifikationen werden in erster Linie im Praxismodul, im Ergänzungsmodul und im Rahmen des Auslandsaufenthalts vermittelt. Daraus resultiert ein Studiengangsprofil, das die Absolventinnen und Absolventen für eine breite Palette von Tätigkeiten in den oben angesprochenen Berufsfeldern qualifiziert. Damit wird auch eine ebenso breite Palette von Behörden, Organisationen und Unternehmen anvisiert, die an solchen Absolventinnen und Absolventen

interessiert sind. Man darf zudem davon ausgehen, dass die fachlichen und überfachlichen Aspekte des Studienprogramms dazu beitragen, die Persönlichkeitsentwicklung und die Befähigung zum zivilgesellschaftlichen Engagement der Absolventeninnen und Absolventen zu fördern. Die intensive Auseinandersetzung mit vielfältigen Fragen der internationalen Beziehungen und der Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit bilden dafür gute bzw. grundlegende Voraussetzungen.

Die Zugangsvoraussetzungen zum Studiengang sind transparent formuliert, dokumentiert und veröffentlicht. Sie sind so gestaltet, dass die Studierenden die Anforderungen, die im Studienprogramm gestellt werden, erfüllen können. Der Zugang erfolgt über ein aufwendiges und stark selektionierendes Aufnahmeverfahren, in dem die Eignung der Kandidaten/innen für eine berufliche Laufbahn in den angesprochenen Berufsfeldern geprüft wird (die zugelassenen Studierenden liegen bei etwa einem Drittel bis einem Viertel der Bewerbungen). Das Auswahlverfahren bedient sich eines Bündels von Kriterien, das in ähnlicher Form auch in anderen thematisch vergleichbaren Studienprogrammen verwendet wird.

Die Universität Duisburg-Essen besitzt Konzepte zur Geschlechtergerechtigkeit und zur Förderung der Chancengleichheit von Studierenden, die auf das Studienprogramm Anwendung finden. Die in Abschnitt 2 gemachten Anmerkungen kommen in diesem Studiengang zur Anwendung.

5.2 Qualität des Curriculums

Folgende Module sind im Curriculum enthalten: Global Governance und Internationale Beziehungen, Entwicklung, Konfliktbearbeitung und Peacebuilding, Regionalmodul 1 und 2, Praxismodul, Methoden und Forschungsdesign, Abschlussmodul. Der obligatorische Auslandsaufenthalt umfasst mindestens acht Wochen.

Bewertung

Das Curriculum ist so konzipiert, dass durch die Kombination der angebotenen Module die von der Hochschule definierten Qualifikationsziele des Studienprogramms erreicht werden können. Die Breite der Modul- und Veranstaltungsthemen reflektiert die Breite der Qualifikationen von Absolventeninnen und Absolventen, die der Studiengang anstrebt. Trotz der Themenvielfalt weist das Studienprogramm ein klares und originelles Profil auf. Die Veranstaltungen zu Global Governance und Internationale Beziehungen bilden gleichsam den übergeordneten Rahmen, in den die anderen Module eingebettet sind. Im Bereich Entwicklung werden sowohl strategische Fragen der Entwicklungspolitik als auch praktische Fragen der Entwicklungszusammenarbeit behandelt, u. a. mit Dozierenden, die mit der Praxis der Entwicklungspolitik und Zusammenarbeit bestens vertraut sind. Dabei werden nicht nur genuin politikwissenschaftliche, sondern auch entwicklungsökonomische Themen bearbeitet. Die Veranstaltungen zu Konfliktbearbeitung und Peacebuilding decken wichtige Themen der Internationalen Beziehungen und Zusammenarbeit ab, die als Berufsfelder für Politikwissenschaftler von Bedeutung sind. Die Kombination des „großen“ und „kleinen“ Regionalmoduls vermittelt den Studierenden fundierte Kenntnisse über wichtige Entwicklungsregionen (Sub-Sahara-Afrika, Ostasien und Europa), wobei regionale Gegebenheiten sowie endogene Politiken und Entwicklungsprozesse ebenso behandelt werden wie entwicklungspolitisch, also extern, induzierte Einflüsse. Mit dem Modul Methoden und Forschungsdesign werden Methodenkenntnisse vertieft und erweitert, die Studierende im Bachelorstudium erworben haben. Das Praxismodul – mit dem Auslandsaufenthalt – und das Abschlussmodul – mit der Masterarbeit – vervollständigen das Studium.

Alles in allem handelt es sich beim vorliegenden Masterstudiengang um ein profiliertes und klar strukturiertes Studienprogramm, in dem Fachwissen und fachübergreifendes Wissen sowie fachliche, methodische und generische Kompetenzen vermittelt werden. Man darf davon ausgehen, dass die Verbindung wissenschaftlich hoher Qualität und Praxisorientierung der Ausbildung gut

qualifizierte Absolventinnen und Absolventen hervorbringt. Dieser Eindruck wird mit den Ergebnissen der ersten Absolventenbefragung der Jahrgänge 2006-09 durchaus bestätigt – zum einen durch die Angaben zur beruflichen Tätigkeit der Absolventinnen und Absolventen, zum anderen durch deren rückblickende Beurteilungen des Studiengangs. Allerdings sehen sich Bewerberinnen und Bewerber auf dem Arbeitsmarkt der Entwicklungszusammenarbeit oft mit der Hürde konfrontiert, dass Organisationen vorwiegend Fachkräfte mit möglichst großer Berufserfahrung suchen; in der Absolventenbefragung wird dies ebenfalls angesprochen, aber das ist natürlich kein spezifisches Problem der Absolventinnen und Absolventen dieses Studiengangs.

Die Module sind vollständig im Modulhandbuch dokumentiert; sie werden laufend aktualisiert und den Studierenden zur Verfügung gestellt. Das Curriculum entspricht den Anforderungen, die im „Qualifikationsrahmen für deutsche Hochschulabschlüsse“ für das Masterniveau definiert werden. Das Programm ist inhaltlich und im Umfang anspruchsvoll, aber, wie Verbleibsstatistiken belegen, in der Regelstudienzeit oder mit etwas mehr Zeitaufwand erfolgreich studierbar. Vor allem der Auslandsaufenthalt kann zur Verlängerung des Studiums über die Regelstudienzeit hinaus beitragen: nicht selten dauern die Praktikumsseinsätze länger als die geforderten mindesten acht Wochen und können dann ein zusätzliches Semester Studienzeit verursachen. Dies ist auch den Wünschen der Praktikumsstellen geschuldet. Allerdings wird der Wissens- und Erfahrungsgewinn der Praktika von den Absolventinnen und Absolventen so hoch eingeschätzt, dass die zusätzliche Zeit wohl in der Regel gerechtfertigt ist: zwei Drittel der Absolventinnen und Absolventen haben in der Befragung die Bedeutung von Praktika als sehr hoch oder hoch eingestuft. Erfreulich ist an den Praktikumsstatistiken überdies, dass Studierende nicht nur in den vom Studiengang besonders berücksichtigten Regionen Ostasien, Sub-Sahara-Afrika und Europa tätig waren, sondern ebenfalls in Lateinamerika, Nordafrika und Südasiens.

6 Masterstudiengang Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung

6.1 Profil und Ziele

Der Masterstudiengang soll als wissenschaftlich orientiertes Studium ein eigenständiges und von der Basis- und Praxisorientierung des Bachelors zu unterscheidendes Profil aufweisen und zielt auf eine wissenschaftlich fundierte und praxis- und problemlösungsorientierte Ausbildung für öffentliche Führungspositionen in Ministerien, Verbänden, Institutionen, Parteien, Medien und Nichtregierungsorganisationen. Zudem soll er für den Einstieg in die Promotion qualifizieren. Die Studierenden sollen theoretische Konzepte von Governance kennenlernen und deren Verbindung zu praktischem Regierungshandeln verstehen. Der Studiengang soll die Studierenden dazu befähigen, neue Formen der politischen Steuerung und Koordination wissenschaftlich fundiert zu analysieren und die erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten in die berufliche Praxis zu transferieren. Im Rahmen von Evaluationen haben sich laut Antrag die fachlichen und überfachlichen Qualifikationsziele des Studiengangs grundsätzlich als tragfähig erwiesen.

Der inhaltliche Fokus des Studiengangs liegt laut Antrag überwiegend auf der europäischen, nationalen, regionalen und kommunalen Ebene der Politik. Der Studiengang ist demnach eng an die „NRW School of Governance“ angebunden. Die zum Institut für Politikwissenschaft gehörende Professional School für Public Policy ist organisatorisch regional in Nordrhein-Westfalen verankert. Die enge Kooperation mit externen Partnern soll die anwendungsorientierte und praxisbezogene Ausprägung des Studiengangs ermöglichen.

Das Programm hat den Anspruch, die unterschiedlichen Aspekte von Politik und öffentlicher Verwaltung miteinander zu vernetzen und Überschneidungen und Abhängigkeiten deutlich zu machen. So ist einerseits die „Politikherstellung“ als Vorbereitung, Herbeiführung, Implementierung und Durchsetzung politischer Entscheidungen zur Lösung gesellschaftlicher Problemstellung Gegenstand aber gleichzeitig auch die damit verbundene „Politikdarstellung“ als flankierende

Politikvermittlung. Im Hinblick auf Fragestellungen der öffentlichen Verwaltung findet sich die Überschneidung dieser Felder bei der Betrachtung von Struktur und Funktionsprinzipien der Verwaltung in ihrer Doppelfunktion als politische Verwaltung (Politikberatung) auf der einen und als öffentliche Aufgaben durchführende Verwaltung (Implementation und Evaluation) auf der anderen Seite. Die praxisorientierte Ausrichtung soll durch verschiedene Elemente gestärkt werden: Im Zuge anwendungsorientierter Workshops sollen die Studierenden Instrumente und Techniken strategischer Kommunikation kennenlernen. In einem zweimonatigen Pflichtpraktikum sollen durch aktive Mitarbeit Erfahrungen in Politikfeldern, Institutionen und Organisationen gesammelt werden.

Der Masterstudiengang ist laut Antrag zudem in das Exzellenzprogramm der „NRW School of Governance“ eingebunden: Studierende mit herausragenden Prüfungsleistungen im ersten Studienjahr können in ein Intensivstudium mit Promotionsabschluss (PhD) wechseln. Die Erlangung von Masterabschluss und Promotionsgrad wird überschneidend angestrebt und soll die Ausbildungszeit der Geförderten verkürzen.

Bewertung

Die Konzeption des Studienprogramms orientiert sich an von der Hochschule definierten Qualifikationszielen. Diese beinhalten fachliche und überfachliche Aspekte. Das Studienprogramm zielt auf eine wissenschaftliche Befähigung.

Wesentlicher Bestandteil ist die Sensibilisierung für unterschiedliche Perspektiven im Alltag von Politik und Verwaltung. Hier spielt in der Tat nicht nur das Fällen von konkreten Entscheidungen eine wichtige Rolle, sondern auch deren Verhandlung, die Analyse von Vor- und Nachteilen, die angemessene Kommunikation dieser Entscheidung sowie deren Implementierung in der realen Welt. Der Studiengang berücksichtigt diese Perspektiven in angemessener Weise und setzt sie wiederum mit vier Dimensionen von Politik und öffentlicher Verwaltung in ein Spannungsfeld: Aspekte des Politikmanagements und der politischen Steuerung, öffentliche Verwaltung und Verwaltungsstrukturen, politische Kommunikation und politikfeldspezifische Fragestellungen. Der Verbleib der Absolventinnen und Absolventen spiegelt die Tragfähigkeit dieser Ziele wider. Die Verzahnung der fünf von der Antragstellerin genannten Perspektiven mit den vier Dimensionen ist aus Sicht der Gutachtergruppe gelungen. Insbesondere die Fokussierung auf professionsübergreifende, multifunktionale Kompetenzen und weniger auf einen „konkreten Beruf“ ist zu begrüßen.

Die Persönlichkeitsentwicklung und die Befähigung zum zivilgesellschaftlichen Engagement werden durch die Thematik per se gefördert. Insbesondere durch das obligatorische Praktikum ist eine Rückkopplung von wissenschaftlich-theoretischen Fragestellungen mit der Praxis gegeben.

Die Zugangsvoraussetzungen sind transparent formuliert, dokumentiert und veröffentlicht. Sie sind so gestaltet, dass die Studierenden die Anforderungen, die im Studienprogramm gestellt werden, erfüllen können. Derzeit erfolgt die Studierendenauswahl ausschließlich notenbasiert. Sobald die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, möchte die Fakultät Gespräche mit Studienbewerberinnen und -bewerbern führen. Dies wird aus Sicht der Hochschule zu einer höheren Verbindlichkeit des Verfahrens für die künftigen Studierenden und letztendlich auch zu einer höheren Zusagequote seitens der Bewerberinnen und Bewerber führen. Die Gutachterin und die Gutachter möchten die Fakultät hier bestärken, die vorgesehenen Ansätze weiter zu verfolgen.

Die Universität Duisburg-Essen besitzt Konzepte zur Geschlechtergerechtigkeit und zur Förderung der Chancengleichheit von Studierenden, die auf das Studienprogramm Anwendung finden. Die in Abschnitt 2 gemachten Anmerkungen sind auf diesen Studiengang zu übertragen.

6.2 Qualität des Curriculums

Folgende Module sind vorgesehen: Modernes Regieren und Politikmanagement im Mehrebenensystem, Methoden und Forschungsdesign, Öffentliche Verwaltung und Public Management, Öffentlichkeit, öffentliche Meinung und strategische Kommunikation, Politikfeld- und Policy-Analyse, Praktisches Politikmanagement, Praktikum sowie ein Abschlussmodul. Bestandteil des Studiums ist ein mindestens achtwöchiges Pflichtpraktikum zwischen den beiden Studienjahren bei einer Partnerorganisation, mit dem die Studierenden Fragen des Politikmanagements, der öffentlichen Verwaltung und der politischen Kommunikation in der Praxis kennen lernen sollen.

Bewertung

Das Curriculum ist so konzipiert, dass durch die Kombination der vorgesehenen Module die von der Hochschule definierten Qualifikationsziele des Studienprogramms erreicht werden können. Die in der Bewertung des Profils angesprochenen politischen Dimensionen und Perspektiven finden im Curriculum angemessen Berücksichtigung.

Durch das Programm werden Fachwissen und fachübergreifendes Wissen sowie fachliche, methodische und generische Kompetenzen vermittelt. Eine besondere Rolle spielt hier das Pflichtpraktikum, das eine wichtige Verknüpfung zur Praxis darstellt. Die Möglichkeit, das Praktikum in zwei Praktika à vier Wochen aufzuspalten, kommt der Studien- und Lebensplanung der Studierenden entgegen. Die besondere Nähe zur NRW-School of Governance ermöglicht die Einbindung der Studierenden in attraktive Forschungsprojekte und lässt wiederum zu, dass aktuelle Forschungsergebnisse in die Lehre zurückfließen. Das Curriculum entspricht damit den Anforderungen, die im „Qualifikationsrahmen für deutsche Hochschulabschlüsse“ für das Masterniveau definiert werden.

Die Module sind vollständig im Modulhandbuch dokumentiert. Es erfolgt eine regelmäßige Aktualisierung des Modulhandbuchs. Das jeweils aktuelle Modulhandbuch ist den Studierenden zugänglich.

Ein Mobilitätsfenster ist im Rahmen des Pflichtpraktikums gegeben, denkbar ist auch ein Auslandsaufenthalt im Rahmen der Abschlussarbeit.

7 Masterstudiengang Theorie und Vergleich politischer Systeme im Wandel

7.1 Profil und Ziele

Aufbauend auf den Grundkenntnissen der politischen Theorie, der Vergleichenden Politikwissenschaft und der Methoden der empirischen Politikwissenschaft zielt der Studiengang darauf ab, die Studierenden in die Lage zu versetzen, theoretisch fundierte empirische Fragestellungen der vergleichenden polity-, politics- und policy-Analyse zu entwickeln und mit dem Instrumentarium empirischer Forschungsmethoden zu untersuchen.

Im Einzelnen verfolgt der Studiengang folgende Qualifikationsziele: Die Studierenden sollen mit der Bedeutung der Wahl spezifischer Begrifflichkeiten und Paradigmen für die Konstruktion des Forschungsgegenstandes vertraut gemacht werden. Sie sollen fortgeschrittene Kenntnisse qualitativer und quantitativer Methoden der empirischen Sozialforschung erwerben und eine konkrete Forschungsfrage selbständig im Rahmen eines Projekts planen und durchführen können. Sie sollen zur eigenständigen Reflexion über Möglichkeiten und Grenzen einer vergleichenden Analyseperspektive in unterschiedlichen Teilbereichen der Politikwissenschaft befähigt werden.

Dies soll mit der Erfassung von Funktionen und Leistungen sowie die multiplen Ausprägungen politischer Systeme unter den dynamischen Bedingungen einer sich globalisierenden Welt einhergehen. Die vergleichende Analyseperspektive soll den Blick für pfad- und modernisierungsabhängige politische Entwicklungen im Kontext komplexer gesellschaftlicher Transformationspro-

zesse schärfen. Die Studierenden sollen in die Lage versetzt werden, Forschungsansätze, Operationalisierungen und Ergebnisse zu gestalten und kritisch zu reflektieren sowie zu präsentieren und in wissenschaftlichen Diskussionen zu verteidigen. Dies beinhaltet das Kennenlernen forschungspraktischer und -strategischer Aufgaben und Planungen sowie die Einbindung von wissenschaftlichen Forschungsmethoden in unterschiedliche Arbeitszusammenhänge.

Dazu sollen politische und gesellschaftliche Wandlungsprozesse in der Moderne eingehend und differenziert analysiert werden, so z. B. die konzeptionelle Integration von einschlägigen und avancierten politischen Theorien, fortgeschrittenen Methoden der empirischen Politikwissenschaft sowie Theorien und Methoden der vergleichenden Politikwissenschaft, Kompetenz in unterschiedlichen Weltregionen, nämlich Ostasien (insb. China), Europa (EU und Osteuropa) und Afrika (primär Sub-Sahara Afrika) sowie die (vergleichende) Policy-Forschung und Politikfeldanalyse und Demokratie- und politische Kulturforschung zu den drei Gebieten *polity*, *politics*, *policy*.

Die Studierenden sollen die Möglichkeit erhalten, von den Forschungszusammenhängen des Instituts in der Lehre oder durch studentische Mitarbeit in ausgewählten Forschungszusammenhängen zu profitieren.

Bewertung

Bei dem vorliegenden Studiengang handelt es sich um ein eigenständiges, theoriestarkes Programm, welches das breit angelegte Studiengangsportfolio des Instituts für Politikwissenschaft an der Hochschule vervollständigen soll. Die Verantwortlichen haben sich bewusst für die Einrichtung eines eigenen Studiengangs entschieden, anstatt in die schon bestehenden Studiengänge eine entsprechende Vertiefungsrichtung zu integrieren. In Abgrenzung zu den beiden anderen politikwissenschaftlichen Studiengängen dieses Verfahrens soll der Fokus auf der Forschungsorientierung und hier insbesondere auf den empirischen Methoden liegen. Die Konzeption des Studienprogramms orientiert sich an von der Hochschule definierten Qualifikationszielen. Diese beinhalten fachliche und überfachliche Aspekte. Das Studienprogramm zielt auf eine wissenschaftliche Befähigung.

Die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und die Befähigung der Studierenden zum zivilgesellschaftlichen Engagement sind gegeben.

Die Zugangsvoraussetzungen sind transparent formuliert, dokumentiert und veröffentlicht. Sie sind so gestaltet, dass die Studierenden die Anforderungen, die im Studienprogramm gestellt werden, erfüllen können. Auch für diesen Studiengang ist, sofern die rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, ein hausinternes Auswahlverfahren vorgesehen, was aus Sicht der Gutachtergruppe angemessen ist.

Die Universität Duisburg-Essen besitzt Konzepte zur Geschlechtergerechtigkeit und zur Förderung der Chancengleichheit von Studierenden, die auf das Studienprogramm Anwendung finden. Die in Abschnitt 2 gemachten Anmerkungen sind auf diesen Studiengang zu übertragen.

7.2 Qualität des Curriculums

Der Studiengang gliedert sich in drei Basismodule (Reflexionsgrundlagen des Vergleichs, Methoden und Forschungsdesigns, Vergleich in der Politikwissenschaft), zwei Forschungsmodule (Projektkurs Forschungspraxis, Praktikum oder Fortbildung), drei Aufbaumodule (Area-Forschung: Asien, Afrika, [Ost-]Europa), Wissenschaftstheorie, Policy-Forschung) und ein Abschlussmodul (Masterarbeit, Kolloquium).

Bewertung

Das Curriculum ist so konzipiert, dass durch die Kombination der vorgesehenen Module die von der Hochschule definierten Qualifikationsziele des Studienprogramms erreicht werden können. Das Studium vermittelt vertiefte methodische Kompetenzen, sodass Ergebnisse anspruchsvoller empirischer Untersuchungen entsprechend reflektiert werden können. Dies wird durch die Forschungsmodule verstärkt, die den Studierenden gleichzeitig Raum für eigene Interessen bieten. Weiterhin können je nach Wahl der Aufbaumodule individuelle Akzente gesetzt werden. Durch das Programm werden Fachwissen und fachübergreifendes Wissen sowie fachliche, methodische und generische Kompetenzen vermittelt. Die Studierenden werden mit dem vorliegenden Angebot befähigt, politische Veränderungsprozesse zu reflektieren und so wiederum einen Beitrag zu deren Weiterentwicklung zu leisten. Das Curriculum entspricht damit den Anforderungen, die im „Qualifikationsrahmen für deutsche Hochschulabschlüsse“ für das Masterniveau definiert werden.

Die Module sind vollständig im Modulhandbuch dokumentiert. Es erfolgt eine regelmäßige Aktualisierung des Modulhandbuchs. Das jeweils aktuelle Modulhandbuch ist den Studierenden zugänglich.

Für einen Auslandsaufenthalt bietet sich insbesondere das vierte Semester an, sodass auch hier ein Mobilitätsfenster gegeben ist.

8 Studierbarkeit der Studiengänge

Verantwortlich für die Studiengänge ist laut Antrag der Studiendekan der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften, der die Studienkommission leiten soll. Zudem hat nach Angaben der Hochschule jeder der Studiengänge Studiengangsbeauftragte, meist in Personalunion mit den Prüfungsausschussvorsitzenden. Die Modulverantwortlichen sollen mit dem Lehrplanungsbeauftragten die Verfügbarkeit der festgelegten Studienleistungen koordinieren. Bewertungsstandards sollen in den Prüfungsausschüssen diskutiert, geplante Änderungen oder Probleme in Studienkommission und Institutskonferenzen erörtert werden. Am Institut für Politikwissenschaft soll die Lehrplanung insbesondere von Sekretariat und Assistenz koordiniert werden, die Soziologie hat laut Antrag eine damit beauftragte Stelle, die auch die Prüfungscoordination innehat, auch dort die zeitliche Abfolge organisiert und Überschneidungen ausschließt. Sowohl in der Lehr- als auch in der Prüfungsplanung arbeiten beide Institute nach eigenen Angaben eng zusammen, insbesondere bei der Planung des ersten gemeinsamen Studienjahres.

Jährlich zu Beginn des Wintersemesters halten beide Institute laut Antrag Informationsveranstaltungen in der Orientierungswoche ab. Die Orientierungswoche selbst soll vom Fachschafftsrat in enger Absprache mit der Studienberatung organisiert werden. Immer zu Jahresbeginn finden die Schülerinfotage statt, bei denen die Studienberater der Institute jeweils am Campus Essen und am Campus Duisburg die Studiengänge vorstellen. Seit dem Sommersemester 2012 werden Projektwochen zum Studienstart durchgeführt.

Im Informations- und Beratungszentrum (IBZ) der Fakultät sitzen Ansprechpartner aus beiden Instituten. Die Studienberatung steht Studierenden zudem zur Verfügung und verweist bei spezifischeren Problemen an Expertinnen und Experten z. B. in der Akademischen Beratungsstelle (ABZ), im Studentenwerk, in der psychologischen Beratungsstelle oder im Frauenbüro.

In der Rahmenprüfungsordnung der Universität Duisburg-Essen war bislang eine verpflichtende Studienberatung vorgesehen, die im dritten Semester erfolgte, sofern im 1. Studienjahr eine unterdurchschnittliche CP-Zahl erlangt worden ist. Da sich das Instrument der fachbezogenen Studienberatung bewährt hat, soll auch weiterhin eine Information an diejenigen Studierenden verschickt werden, die weniger als zwei Drittel der möglichen CP erreicht haben. Diese sollen zu einem Gespräch explizit eingeladen werden.

Die Studiengangskordinatorinnen und -koordinatoren verschicken regelmäßige Informationsmails mit wichtigen Punkten, Entwicklungen und einfachen Erinnerungen – etwa an Prüfungsmeldungen und Rückmeldung. Beide Institute pflegen unter dem Punkt „Studium“ auf ihren Institutsseiten Einzelseiten für alle Studiengänge, auf denen die aktuellsten Informationen sowie Dokumente, Zusatzmaterial, Ordnungen, Ansprechpartner und Informationen der Prüfungsausschüsse zu finden sind. Ebenfalls zum Download bereit stehen die aktuellsten Versionen der Modulhandbücher.

Insbesondere für das erste gemeinsame Studienjahr arbeiten die beiden Institute bei der Prüfungsplanung eng zusammen. Die Prüfungszeiträume sind in den Prüfungsordnungen geregelt. Mithilfe der zentralen Raumvergabe stellen die Prüfungsleiter/innen eine Überschneidungsfreiheit sicher. Es gibt jeweils zwei Prüfungstermine immer in dem Semester (Sommer oder Winter), in dem die Module angeboten werden. Bei Hausarbeiten gilt in beiden Instituten, dass nach einem Fehlversuch ein weiterer Versuch zur selben Veranstaltung abgelegt werden kann, beim erneuten Nichtbestehen ist die themengebende Veranstaltung zu wiederholen.

Zwei halbe Mitarbeiterstellen entwickeln seit einem Jahr ein Mentoringprogramm in beiden Instituten. In der Studieneingangsphase ist das Mentoring an die „Einführung in das Studium und die Arbeitstechniken der Soziologie“ gebunden. Beide Institute integrieren ein verpflichtendes Kolloquium im sechsten Semester.

In den Studiengängen werden Vorlesungen, Seminare, Übungen, E-Learning-Veranstaltungen, Lehrforschungsprojekte, Forschungswerkstätten, Kolloquien und Praktikumsveranstaltungen angeboten.

Die Universität Duisburg-Essen hat nach eigenen Angaben ein Instrument erarbeitet, um den Workload pro Modul valide zu messen sowie einzeln pro Modul ausweisen zu können. Diese wurde inzwischen vom Zentrum für Hochschul- und Qualitätsentwicklung (ZfH) für die gesamte Hochschule erstmals durchgeführt. Die Gesprächsauswertungen sowie Eindrücke aus der Studierendenberatung zeigen allerdings, dass der Workload in der Regel als richtig bemessen eingeschätzt wird. Sofern Nachbesserungsbedarf bestand, wurde dies im Rahmen der Reakkreditierung im Studienverlauf umgesetzt.

Bewertung

Die Verantwortlichkeiten für die Studiengänge sind klar geregelt. Es ist sichergestellt, dass die Lehrangebote inhaltlich und organisatorisch aufeinander abgestimmt sind.

Zum Studienbeginn werden Projektwochen angeboten und eine Orientierungswoche in enger Zusammenarbeit mit der Fachschaft. Dies soll den Studienanfängerinnen und -anfängern der Bachelorstudiengänge den Start in das Studium erleichtern. Ein erheblicher Anteil der hohen Zahl an Erstsemestern – insbesondere in der Soziologie – setzt sich aus Studierenden zusammen, die sich einschreiben, ohne genaue Vorstellungen von den gewählten Fächern zu haben. Daher ist ein umfangreiches Einführungs- und Orientierungsangebot sehr zu begrüßen, ebenso wie das neu eingeführte Mentoring, welches eng mit der Lehrveranstaltung zur Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten verknüpft ist.

Die anfänglichen Bedenken angesichts der geringen Erfolgsquoten im Bachelorstudiengang „Soziologie“ konnten ausgeräumt werden, da zum einen zahlreiche Abbrüche in den ersten Wochen und Monaten erfolgen und da die Universität zum anderen ein umfassendes Beratungs- und Unterstützungsangebot für Studierende bereitstellt. Beeindruckend ist auch die Orientierungswoche zu Beginn des Wintersemesters, in dem die Studierenden an die Stadt, das Fach und ihre neue Lern- und Studiensituation herangeführt werden.

Für viele Studierende des Bachelorstudiengangs „Soziologie“ stellt die Bewältigung der Statistik eine Hürde dar. Deshalb ist die Einführung eines fakultativen Lehrangebotes „Mathematik für

Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler“ eine sinnvolle Maßnahme, die auch wahrgenommen wird.

Für die Studiengänge sind fachübergreifende und fachspezifische Beratungs- und Betreuungsangebote vorgesehen. Es gibt spezielle Beratungsangebote für Studierende mit Behinderung bzw. für Studierende in besonderen Lebenssituationen. In den Gesprächen entstand der Eindruck, dass sich die Studierenden gut betreut fühlen, und dass auf angesprochene Schwierigkeiten vom Lehrkörper adäquat und zügig reagiert wird. Vor dem Hintergrund dieses umfassenden Beratungs- und Betreuungsangebots ist es keinesfalls negativ zu bewerten, wenn Entscheidungen für ein Studienfach, die aufgrund unzutreffender Annahmen und Informationen zustande gekommen sind, in den ersten beiden Semestern wieder korrigiert werden. Nach Angaben der Lehrenden gelingt es 60 % der Studierenden, die das dritte Semester beginnen, ihr Studium erfolgreich abzuschließen. Sinnvoll ist auch die Entscheidung, Statistik im ersten Semester abzuprüfen, um ein Hinausschieben bis ans Ende des Studiums zu verhindern.

In den Bachelorstudiengängen sind Vorlesungen das überwiegende Veranstaltungsformat, verbunden mit einem hohen Anteil an Selbststudium. Das erklärt sich unter anderem durch die hohe Studierendenzahl. Es wird jedoch für eine ausreichende Zahl an Tutorien gesorgt. Die Lehrveranstaltung „Einführung in die Arbeitstechnik“ findet in Seminarform statt. Im Studienverlauf werden eine breite Variation an Pflicht-, Wahlpflicht- und freien Veranstaltungen in verschiedenen Formaten angeboten, die den Studieninhalten gerecht werden und gleichzeitig eine Ausrichtung entsprechend der eigenen Interessen möglich machen. Die Studiengangstatistik weist sowohl in den Bachelor- als auch in den Masterstudiengängen aus, dass nur ein geringer Teil der Studierenden innerhalb der Regelstudienzeit abschließt. In den Gesprächen mit den Statusgruppen zeichneten sich verschiedene Ursachen ab. Viele Studierende sind neben dem Studium berufstätig, um ihr Studium zu finanzieren oder müssen lange Fahrzeiten in Kauf nehmen, um an die Hochschule zu kommen. Bei vielen besteht der Wunsch, die verschiedenen auch fachfremden Studienangebote wahrzunehmen. Berufspraktika und Auslandsaufenthalte dauern häufig länger als im Studienverlauf vorgesehen, weil die Praktikumsstellen längere Praktikumszeiten wünschen oder weil sich die Angebote häufig nicht genau in den Studienverlauf einpassen lassen, wie ursprünglich vorgesehen, zumal sich potentielle Praktikumsstellen nicht auf den Semesterablauf einstellen (müssen). Es ist daher nicht erkennbar, dass Abbrecherquoten und Regelstudienzeitüberschreitungen auf einer zu hohen Arbeitsbelastung beruhen. Der in den Modulbeschreibungen ausgewiesene Workload ist grundsätzlich plausibel.

In den Studiengängen vorgesehene Praxiselemente sind mit Leistungspunkten versehen. Die Studierenden werden bei der Suche von Praktikumsplätzen unterstützt. Insbesondere gibt es eine ständig fortgeführte Liste der bisherigen Plätze.

Die Hochschule hat Anerkennungsregeln für an anderen Hochschulen und außerhalb der Hochschule erbrachte Leistungen vorgesehen und diese verbindlich festgeschrieben. Nach eigener Aussage hat die Hochschule die Prüfungsordnung entsprechend den Anforderungen der Lissabon-Konvention gestaltet.

Die Module schließen in der Regel nicht mit einer Modulprüfung ab. Dies ist aus Sicht der Gutachtergruppe jedoch kein Problem. Im Rahmen der Begehung wurde überzeugend dargelegt, dass die Studierenden weniger aufgrund der Arbeitsbelastung ihr Studium abbrechen, sondern vielmehr, weil sie erkennen, dass der gewählte Studiengang nicht ihren Interessen entspricht.

Es werden verschiedene Prüfungsformate abverlangt, wobei die schriftlichen Prüfungsformen verstärkt wurden, um die Schreibkompetenz zu stärken. Die Studierenden fühlen sich bei den schriftlichen Arbeiten gut betreut und haben den Eindruck, ausreichend Rückmeldung zu ihren Studienleistungen zu erhalten.

Lehrangebote in englischer Sprache wurden in letzter Zeit verstärkt nachgefragt. Bei den Studierenden besteht leichte Verunsicherung, ob es sich negativ auf die Note auswirkt, wenn man eine Veranstaltung belegt, die in einer Fremdsprache durchgeführt wird, welche noch nicht so gut beherrscht wird. Hier werden alle Beteiligten weitere Erfahrungen sammeln müssen, vor allem aber ist eine entsprechende Ermutigung der Studierenden nötig. Die Studienordnungen sind so gestaltet, dass ein flexibler Studienverlauf möglich ist. Die meisten Pflichtveranstaltungen werden in einem regelmäßigen Turnus entweder zum Sommer- oder zum Wintersemester angeboten.

Prüfungsdichte und -organisation sind angemessen. Im Rahmen der Prüfungsorganisation ist ein Nachteilsausgleich für Studierende mit Behinderung vorgesehen. Die Prüfungsordnungen wurden einer Rechtsprüfung unterzogen. Studienverlauf, Prüfungsanforderungen und Nachteilsausgleichsregelungen sind öffentlich einsehbar.

9 Berufsfeldorientierung

Bachelorstudiengang Soziologie

Soziologinnen/Soziologen und Sozialwissenschaftler arbeiten laut Antrag häufig in den folgenden Bereichen: Sozialplanung, Beratungstätigkeiten für Organisationen, Parteien, Verbände, Unternehmen, geschäftsführende Tätigkeiten von Parteien, Verbänden, Verwaltung oder Politik, Planungs- und Arbeitsgruppen der Verwaltung, Gleichstellungsbereich, Lehre, pädagogische Arbeit, Erwachsenenbildung, Personalentwicklung, Markt- und Meinungsforschung, Marketing und Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, statistische Abteilungen in Unternehmen oder Behörden, publizistischer Bereich. Vermehrt ist zudem eine freie oder selbständige Berufsausübung zu verzeichnen.

Praktika wurden nach Angaben der Hochschule bislang z. B. in Forschungsinstituten absolviert, aber auch in Stadtverwaltungen unter, etwa in den Bereichen Statistik, Stadtforschung, Stadtentwicklung und Personal. Auch die Arbeitsvermittlung, Beratung und Berufshilfe waren laut Antrag wiederkehrende Praktikumsplätze und Interessenbereiche. Forschungsdatenzentrum bzw. Statistische Landesämter, Stadtmarketing und unterschiedliche Medienformate waren ebenfalls oft gewählte Praktikumsgeber. Die Rückmeldungen waren laut Antrag in der Regel positiv, und die Praktikumsberichte sollen zeigen, dass die Soziolog/innen in der Arbeitspraxis mit ihren Kenntnissen gute Ergebnisse liefern konnten. Die Beratung im Vorfeld sowie die Notwendigkeit, vorab die Berufsfeldbezogenheit abklären zu lassen, führten laut Antrag für die Hochschule, die Praktikumsgeber und die Studierenden selbst zu vorwiegend positiven Erfahrungen in der Arbeitswelt.

Masterstudiengang Soziologie

Masterabsolventinnen und -absolventen stehen grundsätzlich dieselben Berufsfelder offen wie den Absolventinnen und Absolventen des Bachelorstudiengangs. Die Masterstudierenden sollen im Laufe ihres Studiums im Vergleich zum Bachelorstudiengang ein um ein Vielfaches breiteres Methoden- und Faktenwissen erhalten, sollen eigenständige Forschungskompetenzen und -interessen entwickeln und sich in den aufgeführten Bereichen für Führungsaufgaben qualifizieren.

Die Ergebnisse aus dem Forschungspraktikum werden jährlich in großer Runde auch der nachfolgenden Kohorte vorgestellt, so dass sowohl die Institutsmitglieder als auch die jüngeren Kommilitoninnen und Kommilitonen von den Erfahrungen und Ergebnissen der Masterstudierenden lernen und profitieren können. Eigene Interessen auch in Bezug auf spätere berufliche Orientierung können so schon während des Masterstudiums anvisiert werden.

Bachelorstudiengang Politikwissenschaft

Der Studiengang will Studierende mit grundlegenden Akteurskompetenzen im Hinblick auf Tätigkeitsfelder im Bereich von „Governance“-Strukturen und daran partizipierenden institutionellen

Akteuren ausstatten. Hinzukommen Kompetenzen im Feld Methoden der empirischen Politikwissenschaft. Die Absolventinnen und Absolventen verfügen damit über Kompetenzen für wissenschaftlich fundierte Stabstätigkeiten im Bereich der Problemanalyse, Entwicklung von Lösungen und strategischer Steuerung in politischen und politiknahen Organisationen des öffentlichen, halb-öffentlichen und privaten Sektors: in politischen Planungs- und Entscheidungsinstitutionen, in der öffentlichen Verwaltung, in politischen Parteien, in Verbänden und anderen Nichtregierungsorganisationen, aber auch in der privaten Wirtschaft sowie in Organisationen der Politikberatung und der politischen Öffentlichkeitsarbeit.

Zusätzlich sollen sie in der Lage sein, die lösungsorientierte Problemanalyse in vielen Tätigkeitsfeldern durch die Generierung, Auswertung und Vermittlung von statistischem Datenmaterial genauso zu unterstützen wie durch aus Experteninterviews gewonnene Erkenntnisse. Die Verbindung qualitativer und quantitativer Methoden der empirischen Sozialforschung zu einer am Multi-Methods-Design ausgerichteten Ausbildung wird als ein Qualitätsmerkmal der Methodenausbildung am Institut für Politikwissenschaft in einer weitgehend auf eine empirische Forschungsmethode fokussierten Lehre in der deutschen Politikwissenschaft gesehen.

Die Verbindung vom Studium zur Berufspraxis soll durch das Modul „Methodenanwendung in Praxisfeldern und Pflichtpraktikum“ hergestellt werden.

Masterstudiengang Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik

Der Masterstudiengang „Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik“ soll für ein relativ breites Berufsfeld auf nationaler und internationaler Ebene qualifizieren. Entsprechende Institutionen sind nationale Bundes- und Landesministerien bis zu internationalen Organisationen des UN-Systems und Regionalorganisationen wie der EU oder der OSZE. Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit bzw. Entwicklungspolitik zählen dazu zahlreiche staatliche und nichtstaatliche Institutionen und Organisationen. Eine wichtige Rolle sollen zudem die Regionalmodule spielen. Insbesondere der obligatorische acht Wochen umfassende (aber oft sich auf mehrere Monate erstreckende) Auslandsaufenthalt gewährleistet, dass erste praktische Erfahrungen in den späteren Berufsfeldern erworben werden können. Im Regionalmodul Ostasien wird jährlich eine Taskforce angeboten, die den Studierenden ermöglicht hat, politikberatend tätig zu werden.

Berufspraktiker konnten nach Angaben der Hochschule als Lehrbeauftragte im Studiengang gewonnen werden. Die Auswertung der Daten zeigt, dass die meisten Absolventinnen und Absolventen eine Laufbahn im Berufsfeld Entwicklungszusammenarbeit einschlagen. Einige Absolventen/innen haben dabei Arbeitsplätze im Ausland (u. a. Pakistan, Marokko, Uganda, Burkina Faso). Seit der zweiten Kohorte arbeiten Absolventinnen und Absolventen laut Antrag bei Medien, politischen Stiftungen oder transnational operierenden Unternehmen.

Masterstudiengang Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung

Der Studiengang zielt auf eine sowohl wissenschaftlich fundierte als auch praxis- und problemlösungsorientierte Ausbildung für öffentliche Führungspositionen in Ministerien, Verbänden, Institutionen, Parteien, Medien und Nichtregierungsorganisationen. Er will Kompetenzen zur Problemanalyse und -lösung verbunden mit dem Wissen um entsprechende Organisations-, Kommunikations- und Steuerungstechniken vermitteln. Die Absolventinnen und Absolventen sollen die notwendigen Qualifikationen und Kompetenzen für anspruchsvolle Managementtätigkeiten im öffentlichen Kontext sowie für die Beratung von Unternehmen und Organisationen an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung besitzen und Tätigkeiten im Bereich des Public Managements, etwa in Parlamenten, Parteien und Ministerien, in kommunalen, nationalen und internationalen staatlichen Verwaltungen und in halbstaatlichen und privaten Organisationen übernehmen können.

Obwohl das Studium primär auf staatsnahe Bereiche zielt, stellen auch Führungspositionen in der Wirtschaft mit den erworbenen Fähigkeiten ein mögliches Arbeitsfeld dar.

Das Praktikum als fester Bestandteil des Studiengangs im Sinne der anwendungsorientierten Ausbildung soll die Kenntnisse über praktische Formen der Politikherstellung, Politikdarstellung, Politikimplementierung und strategische Kommunikation vertiefen und für die Verknüpfung von Theorie und Praxis sorgen. Im Rahmen verschiedener Evaluationen wurden laut Antrag Erhebungen über den Verbleib der Absolventinnen und Absolventen des Masterstudiengangs „Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung“ durchgeführt.

Masterstudiengang Theorie und Vergleich politischer Systeme im Wandel

Die Absolventinnen und Absolventen sollen über die relevanten Kompetenzen für die wissenschaftliche und forschungspraktische Arbeit im Bereich der politischen Theorien und des systematisch-empirischen Vergleichs politischer Systeme in turbulenten Umwelten verfügen und profunde Kenntnisse der empirischen Sozialforschung haben. Zu den vielfältigen Berufsfeldern, für die der Studiengang qualifizieren soll, gehören neben dem akademischen Bereich im engeren Sinne (also Universitäten und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen), Tätigkeiten bei Think Tanks und Einrichtungen der Politikberatung, Ministerien und öffentlicher Verwaltung, Markt-, Meinungs- und Wahlforschungsinstituten, politischen Parteien, Stiftungen und Verbänden sowie internationalen Organisationen, einschließlich internationaler Nicht-Regierungsorganisationen.

Bewertung

Grundsätzlich befähigen alle zur (Re)-Akkreditierung stehenden Studiengänge die Studierenden zur Aufnahme einer qualifizierten Erwerbstätigkeit. Fachliche Kompetenzen auf angemessenem wissenschaftlichen Niveau, überfachliche Kompetenzen und Schlüsselqualifikationen sowie Berührungspunkte mit und praktische Erfahrungen in der Berufswelt werden vermittelt bzw. sichergestellt.

Die Tätigkeitsprofile, welche durch jeden Studiengang individuell definiert sind, werden entsprechend konzipiert, und es werden die notwendigen Kompetenzen vermittelt. Besonders klar definierte Tätigkeitsprofile finden sich in den Masterstudiengängen Internationale Beziehungen und Politikmanagement. Der Bachelorstudiengang „Soziologie“ weist ein eher breit angelegtes Profil auf, bereitet aber in erster Linie auf Planungsaufgaben vor. Ähnlich aufgestellt ist der Masterstudiengang „Soziologie“, der in seinem Kompetenzprofil stärker forschungsorientiert ist und u.a. drittmittelgeförderte Forschungsprojekte und deren Planung einbezieht. Der Masterstudiengang Politische Systeme fasst sein Kompetenzprofil etwas enger und bereitet die Studierenden vor allem auf wissenschaftsorientierte Berufsfelder vor. Das fachliche Profil des Bachelorstudiengang Politikwissenschaften als grundständiger Studiengang bietet eine entsprechend breite Kompetenzvermittlung, die die Absolventinnen und Absolventen zur Übernahme wissenschaftlich fundierter Stabstätigkeiten befähigen soll.

Zieht man als Indikatoren für das wissenschaftliche Niveau der Studierenden/Studiengänge die vermittelten analytischen Fähigkeiten, die Anforderungen für selbständig entwickelte Fragestellungen, die qualitativen und quantitativen Methodenkenntnisse sowie das Niveau bzw. die Themen der Abschlussarbeiten heran, so ist dieses durch die vorgelegten Unterlagen und die Gespräche im Rahmen der Begehung gut belegt worden.

Sofern in der Modulaufteilung keine explizite Vermittlung von Schlüsselqualifikationen vorgesehen ist, gibt insbesondere die Breite und Vielfalt der Lehr-, Arbeits- und Prüfungsmethoden Aufschluss über den Erwerb von Arbeitstechniken, wie etwa das Recherchieren, und die sogenannten weiterführenden soft skills. Besondere Stärken hat in dieser Hinsicht der Masterstudiengang Politikmanagement zu verzeichnen, der Module zur Datenerhebung und -auswertung beinhaltet. Er sieht eine Vielfalt an schriftlichen und mündlichen Leistungsnachweisen, die Vermittlung von verwaltungstechnischen Spezifika sowie darüber hinaus Workshops und Übungen zu Präsentations-, Moderations- oder Verhandlungstechniken vor. Eine geringere Vielfalt in den Arbeits- und Prüfungsmethoden weisen hingegen die Masterstudiengänge „Theorie und Vergleich politische Sys-

teme im Wandel“ und „Soziologie“ sowie der Bachelorstudiengang „Politikwissenschaften“ auf. Der Bachelorstudiengang „Soziologie“ ist mit Unterrichts-/Übungseinheiten zu Arbeitstechniken, Informationsmanagement und Gruppenseminare etwas weiter aufgestellt. Der Masterstudiengang Internationale Beziehungen fordert verschiedene Leistungsnachweise (Klausur, mündliche Prüfung, Essay, Hausarbeit, Referat) ein, benennt aber davon abgesehen in den Modulen keine gesonderten Schlüsselqualifikationen.

Im Rahmen der Begehung ist seitens der Dozentenschaft und Fakultät erläutert worden, dass sie selbst Verbesserungsmöglichkeiten sehen. So böte ein verstärktes Seminarangebot mehr Raum für Diskussion und wissenschaftliche Reflexion, was auch für einen Berufseinstieg wichtig sei. Aufgrund großer Studierendenzahlen seien die ersten Semester meist von Vorlesungen geprägt. Die englischsprachigen Lehrveranstaltungsangebote seien ausbaufähig, auch begleitende Sprachkurse, die den Studierenden den Einstieg in das wissenschaftliche Arbeiten in einer Fremdsprache erleichtern, wären wünschenswert. Die Varianz in den Lehr- und Prüfmethode sei zwar begrenzt, die Fakultät sei aber bestrebt, z. B. die Schreibkompetenz und das wissenschaftliche Arbeiten weiter zu fördern. Interdisziplinarität werde insbesondere durch eine Innovationswerkstatt, Lehrforschungsprojekte sowie Tutorien gefördert.

Alle sechs Studiengänge sehen erfreulicher Weise Pflichtpraktika in ihren Curricula vor. Die Dauer von sechs bis acht Wochen für das Pflichtpraktikum wird jedoch gerade seitens der Praktikumsgeber häufig als zu kurz eingeschätzt. Für einen effektiven Einblick in die Berufswelt sind längere Zeiträume wünschenswert. Die Universität bemüht sich hier um Flexibilität bei Studienzeitverlängerungen und unterstützt die Studierenden durch Listen ehemaliger Praktikumsstellen, Netzwerke und informelles Feedback/Erfahrungsaustausch. Die Erfahrung zeige außerdem, dass die Verlängerung der Regelstudienzeit durch Praktika oder Auslandsaufenthalte häufig mit einem direkten Berufseinstieg der Studierenden einhergehe. An der systematischeren Vor- und Nachbereitung von Praktika werde weiter gearbeitet. Themen der Abschlussarbeiten werden häufig im Rahmen von Praktika gefunden, so dass in einigen Fällen eine konkrete Anbindung an ein Berufsfeld erfolgen kann, sei es thematisch oder zum Zwecke der Kontakt- und Netzwerkbildung. Leider liegen noch keine aussagekräftigen Daten zum Verbleib der Absolventinnen und Absolventen auf dem Arbeitsmarkt vor. Die Hochschulleitung verweist darauf, dass Absolventenbefragungen etwas schwerfällig anlaufen, da hier mit dem INCHER kooperiert werden müsse. Es gäbe die Absolventenstudie über das KOAB Kooperationsprojekt sowie ein Studierendenpanel zur begleitenden Befragung der Studierenden, das Daten mit höherer Qualität als die normalen Lehrveranstaltungsevaluationen liefern soll. Zudem ist die Fakultät bestrebt, über Studienverlaufsanalysen Problemfelder und Gründe für Studienabbrüche zu identifizieren.

10 Personelle und sächliche Ressourcen

Jeweils im Wintersemester sollen die folgenden Zahlen an Studierenden aufgenommen werden: B.A. Politikwissenschaft 260, B.A. Soziologie 260 und in den Masterstudiengängen jeweils 30 Studierende.

Dem Institut für Politikwissenschaft stehen 13 Professuren und 35 Stellen im Akademischen Mittelbau zur Verfügung. Das Institut für Soziologie verfügt über 15 Professuren und 32 Stellen im Akademischen Mittelbau. Ein geringer Teil der Lehre wird über Lehraufträge abgedeckt.

Den Studierenden der Gesellschaftswissenschaften steht laut Antrag montags bis freitags ein PC-Pool zur Verfügung. Alle PCs sind mit einem Internetzugang sowie den gängigen Softwarepaketen ausgestattet, unter anderem mit den für die Sozialwissenschaften wichtigen Programmen. Für den Kursbetrieb steht der Fakultät ein weiterer PC-Raum mit 24 Arbeitsplätzen zur Verfügung. Darüber hinaus stellt die Universitätsbibliothek am Campus Duisburg Arbeitsplätze in großer Zahl

zur Verfügung. Da alle Räumlichkeiten am Campus mit WLAN ausgestattet sind, können die Studierenden auch außerhalb der PC-Räume recherchieren und arbeiten.

Bewertung

Die Gutachterin und die Gutachter kommen bezüglich der Ressourcen zu einem positiven Votum. Sowohl das Institut für Soziologie als auch das Institut für Politikwissenschaft der Universität Duisburg-Essen sind in einer geradezu beneidenswerten Lage: Zum einen steht in beiden Instituten ein großer Lehrkörper zur Verfügung, sodass den Studierenden eine Vielzahl von Angeboten gemacht werden kann. Zum anderen handelt es sich um Hochschullehrerinnen und -lehrer von hoher Reputation, die sich ihrer Aufgabe mit großem Engagement widmen. Die Studierenden fühlen sich daher trotz der Größe der Institute als Individuen wahrgenommen und lobten ausdrücklich die gute Betreuung.

Die Gutachterin und die Gutachter würdigen die enge Anbindung der Lehrenden der Soziologie zu renommierten Einrichtungen wie dem Institut für Arbeit und Qualifikation, wodurch vor allem für die Studierenden des Masterstudiengangs die Möglichkeit besteht, die Abschlussarbeit an attraktive Projekte anzuschließen. Im Institut für Politikwissenschaft ist wiederum durch die Nähe zur NRW School of Governance die Integration der Studierenden in entsprechende Projekte gewährleistet.

Für die sozialwissenschaftlichen Studiengänge ist somit ein Transfer von Forschungserkenntnissen in einem Maß gewährleistet, das keineswegs selbstverständlich ist.

Personalentwicklung spielt eine wichtige Rolle an der Hochschule, nicht zuletzt auch im Rahmen der Entwicklung des hochschuleigenen Systems zur Qualitätssicherung. Die Hochschule hat erkannt, dass ein hohes Niveau in Lehre und Forschung nur durch adäquates Personal gewährleistet werden kann und dass Kompetenz kein statisches Element, sondern vielmehr ein dynamisches Element ist. Entsprechend weitreichend ist das Angebot zur Personalentwicklung.

Die sächlichen Ressourcen sind, auch vor dem Hintergrund hoher Studierendenzahlen, ausreichend. Derzeit findet eine umfassende Erweiterung der Lehrräume statt.

11 Qualitätssicherung

2005 wurde laut Antrag ein universitätseigenes System der Qualitätsentwicklung etabliert, mit dessen Umsetzung unter anderem das Zentrum für Hochschul- und Qualitätsentwicklung (ZfH) als zentrale wissenschaftliche Serviceeinrichtung betraut ist. Wesentliches Ziel des Systems ist es nach Angaben der Hochschule, Aktivitäten zur Förderung der Lehr-, Lern-, Forschungs- und Dienstleistungsqualität zu intensivieren und in einen die ganze Universität umfassenden, zyklischen Prozess der Qualitätsentwicklung einzubinden. Dieser Prozess besteht im Wesentlichen aus zwei miteinander verbundenen Entwicklungskreisläufen, der institutionellen Evaluation einerseits und den internen Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit der Hochschulleitung andererseits.

Die Evaluationsordnung sieht für alle universitären Einheiten (Fakultäten, zentrale Einrichtungen, Verwaltung und Leitung) vor, in einem Turnus von fünf bis sechs Jahren dieses Verfahren eigenverantwortlich umzusetzen. Das ZfH begleitet den gesamten Prozess hierbei methodisch und organisatorisch. Die institutionelle Evaluation an der Universität Duisburg-Essen folgt eigenen Angaben zufolge dem gängigen Verfahrensablauf aus Selbstbewertung und kollegialer Fremdbewertung und orientiert sich an den Standards and Guidelines for Quality Assurance in the European Higher Education Area der European Association for Quality Assurance in Higher Education (ENQA).

Die Evaluation der Lehre in Form von studentischer Lehrveranstaltungsbeurteilung im Sinne eines Feedbackinstrumentes für Lehrende und Fakultäten wurde laut Antrag seit dem Sommersemester

2005 flächendeckend in allen Fakultäten implementiert. Hierbei werden die Studierenden in regelmäßigen Abständen mithilfe fakultätsspezifischer Fragebögen zu ihrer Einschätzung zu einzelnen Lehrveranstaltungen befragt.

Die Befragungen werden der Hochschule zufolge nach etwa 2/3 des Semesters durchgeführt, so dass in einer der letzten Sitzungen des Semesters die Diskussion der Ergebnisse mit den Studierenden durchgeführt werden kann. Diese Rückmeldegespräche sind Teil des Lehrevaluationsprozesses an der Hochschule und in der Evaluationsordnung festgeschrieben. Sie dienen zum einen dem Erhalt detaillierterer Informationen über die Einschätzung der Lehrveranstaltung durch die Studierenden und zum zweiten der Förderung des Austauschs zwischen Studierenden und Lehrenden generell.

Die Lehrenden sollen ihre Ergebnisse der Befragungen per E-Mail in Form eines grafisch aufbereiteten Datenreports mit einem Profillinienvergleich zum Fakultätsdurchschnitt erhalten. Darüber hinaus erhalten die Dekanate sowohl die für die Fakultät aggregierten Ergebnisse als auch die personenbezogenen Auswertungen zur fakultätsinternen Qualitätssicherung von Studium und Lehre.

Derzeit befindet sich laut Antrag das Verfahren der studentischen Lehrveranstaltungsbewertung in einem Reformprozess unter der Leitlinie „Von der Lehrveranstaltungsevaluation zur Lehrevaluation“. Für eine umfassende Evaluation von Studium und Lehre sollen Informationen auf mehreren Ebenen erhoben und ausgewertet, den entsprechenden Entscheidungsträgern zugänglich gemacht, sowie die Ergebnisse in Folgemaßnahmen umgesetzt werden. Das Verfahrensmodell beinhaltet nach Angaben der Hochschule Erhebungsinstrumente auf Lehrveranstaltungsebene, auf Studienprogramm- bzw. Modulebene sowie auf Fakultäts- bzw. Studiengangebene.

Die Fakultät für Gesellschaftswissenschaften setzt eigenen Angaben zufolge seit dem Sommersemester 2011 als Pilotfakultät die neuen Befragungsinstrumente ein. So werden im Sommersemester alle Lehrveranstaltungen der Fakultät mithilfe des überarbeiteten Fragebogens evaluiert. Darüber hinaus wird die Fakultät nach Abschluss der letzten Prüfungsphase die Erfassung des studentischen Workloads sowie die gezielte Evaluation von Studienmodulen im Rahmen von Onlinebefragungen, die jedes Semester stattfinden, durchführen. Die Erfahrungen aus der Pilotphase in der Fakultät für Gesellschaftswissenschaften sollen in die endgültige Überarbeitung des Verfahrenskonzeptes einfließen, bevor das erweiterte Verfahren der Lehrevaluation hochschulweit in den Regelbetrieb überführt wird.

Die Fakultät unternimmt laut Antrag verschiedene Maßnahmen zur Qualitätssicherung im Bereich von Studium und Lehre und führt auf Grundlage der Ergebnisse Anpassungen in der Studienstruktur sowie der Lehrplanung durch. Mit dem Informations- und Beratungszentrum der Fakultät (IBZ) wurde ein räumlich gebündeltes Beratungsangebot geschaffen, das die Bereiche der Studien- und Praktikumsberatung, Beratung internationaler Austausch, Mentoring, Betreuung von Praxissemestern sowie Lehr- und Prüfungscoordination verschränken soll. Mit dem Format „Tag der Lehre“ sowie einer kontinuierlich arbeitenden Studienkommission will die Fakultät darüber hinaus Kommunikationsstrukturen aufbauen, die zu einer dauerhaften Entwicklung und Aufrechterhaltung der Studienqualität beitragen.

Bewertung

Für den Bereich Qualitätssicherung ergibt sich für die Gutachterin und die Gutachter ein positives Bild. Sowohl auf Hochschulebene als auch auf Fakultätsebene wird Qualitätssicherung kontinuierlich gelebt und auf Probleme – auch solche, die nicht von der Hochschule zu vertreten sind – zügig und angemessen reagiert. So wurde z. B. auf die heterogene Zusammensetzung der Studierendenschaft durch die Verstärkung der dezentralen Beratungsangebote reagiert.

Weiterhin verfügt die Universität Duisburg-Essen über langjährige Erfahrungen im Qualitätsmanagement und respektiert dabei konsequent europäische Standards. Das existierende Qualitäts-

sicherungssystem wird seit Jahren weiterentwickelt und evaluiert. Das Zusammenwirken einer zentralen Stelle und der Fakultäten ist ausdrücklich zu begrüßen. Innerhalb dieses Systems werden die Studierenden angemessen berücksichtigt. Die Lehrveranstaltungsevaluation wird früh genug durchgeführt, so dass eine Rückmeldung mit den Studierenden erfolgen kann.

Insbesondere würdigen die Gutachter und die Gutachterin die methodische Offenheit sowohl auf Hochschul- als auch auf Fakultätsebene. Man beschränkt sich nicht auf das unkontrollierte Sammeln von großen Datenmengen, die ungenutzt gespeichert werden, sondern auf die gezielte Entwicklung angemessener Methoden. Die Fakultät möchte lehrveranstaltungsspezifische Fragebögen bzw. Befragungsformate im Allgemeinen entwickeln. Seit dem Wintersemester 2012/13 wird die Befragung „Studierendenpanel“ durchgeführt. Mit Hilfe dieses Instruments wird zum einen kontinuierlich Kontakt zu den Studierenden gehalten, zum anderen können so kontinuierlich die Befindlichkeiten der Studierenden festgehalten und für die Weiterentwicklung der Studiengänge genutzt werden. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf die Studienabbrecherinnen und -abbrecher gelegt werden, die zwar formal die hier vorgelegten Studiengänge verlassen, nicht aber unbedingt der Universität Duisburg-Essen an sich den Rücken kehren.

In Kooperation mit INCHER führt die Universität Duisburg-Essen Absolventenbefragungen durch, wie es in Nordrhein-Westfalen allgemein üblich ist. Aus Sicht der Fakultät ist jedoch der Rücklauf unbefriedigend, sodass nur unzureichend Rückschlüsse auf die Qualität der Studiengänge gezogen werden können. Die Fakultät sollte hier ggf. eigene Instrumente entwickeln, um die Meinung der Absolventinnen und Absolventen zu den Studiengängen besser für deren Weiterentwicklung nutzen zu können. Denkbar wäre die Nutzung qualitativer Methoden, die etwa im Rahmen von Tagungen oder Alumni-Veranstaltungen einfach realisierbar sind und die eine schnelle Auswertung zulassen. Angesichts des schon erwähnten Renommées der Fakultät sollte es nicht schwer sein, Absolventinnen und Absolventen zur Teilnahme an Tagungen und sonstigen Veranstaltungen zu gewinnen.

12 Empfehlung der Gutachtergruppe

Die Gutachtergruppe empfiehlt der Akkreditierungskommission von AQAS, den Studiengang „**Soziologie**“ an der Universität Duisburg-Essen mit dem Abschluss „**Bachelor of Arts**“ ohne Auflagen zu akkreditieren.

Die Gutachtergruppe empfiehlt der Akkreditierungskommission von AQAS, den Studiengang „**Soziologie**“ an der Universität Duisburg-Essen mit dem Abschluss „**Master of Arts**“ ohne Auflagen zu akkreditieren.

Die Gutachtergruppe empfiehlt der Akkreditierungskommission von AQAS, den Studiengang „**Politikwissenschaft**“ an der Universität Duisburg-Essen mit dem Abschluss „**Bachelor of Arts**“ ohne Auflagen zu akkreditieren.

Die Gutachtergruppe empfiehlt der Akkreditierungskommission von AQAS, den Studiengang „**Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik**“ an der Universität Duisburg-Essen mit dem Abschluss „**Master of Arts**“ ohne Auflagen zu akkreditieren.

Die Gutachtergruppe empfiehlt der Akkreditierungskommission von AQAS, den Studiengang „**Politikmanagement, Public Policy und öffentliche Verwaltung**“ an der Universität Duisburg-Essen mit dem Abschluss „**Master of Arts**“ ohne Auflagen zu akkreditieren.

Die Gutachtergruppe empfiehlt der Akkreditierungskommission von AQAS, den Studiengang „**Theorie und Vergleich politischer Systeme im Wandel**“ an der Universität Duisburg-Essen mit dem Abschluss „**Master of Arts**“ ohne Auflagen zu akkreditieren.

Die Gutachterin und die Gutachter stellen keine Monita fest.